

Antragsbuch

ZURÜCK AUF LOS
71. BUNDESKONGRESS

71.

Bundeskongress
in Esslingen



Antragsbuch für den 70. Bundeskongress der Jungen Liberalen

Inhaltsverzeichnis

S - Satzung, Geschäftsordnung und Schiedsordnung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S01	Code of Conduct Erweiterter Bundesvorstand, Caroline Ommer (LV Bayern, Ombudsperson), Marcel Richter (LV Brandenburg), Anja Widenmann (LV Baden-Württemberg)	66
S02	Einfügung des Code of Conducts in die Bundessatzung Caroline Ommer (LV Bayern, Ombudsperson), Marcel Richter (LV Brandenburg), Anja Widenmann (LV Baden-Württemberg)	70
S03	Kumulierte Stimmabgabe im AMV ermöglichen LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände), LV Hessen (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Bayern (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände), Leonard Kern-Wagner (LV Nordrhein-Westfalen), Maximilian Reiter (Bundesvorstand, LV Berlin), Frederik Bottermann, Daniel Böhler (LV Nordrhein-Westfalen), Paavo Czwikla (LV Nordrhein-Westfalen)	71

1 - Bildung, Forschung und Kultur

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
101	Lernen für Ihr Leben gern LV Bayern (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	9
102	Studienabschlüsse anerkennen! – Deutschland endlich attraktiv machen BV Düsseldorf	10
103	Leg dat Dingen weg! – Medienkompetenz braucht Freiheit statt Verbote BAK Bildung, Forschung und Kultur (BAKs)	13

3 - Gesundheit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
301	OK Boomer LV Thüringen (Landesverbände)	15
302	Tatort Kreißaal - Das unsichtbare Trauma BAK Liberaler Feminismus (BAKs)	17

4 - Innen, Sport und Recht

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
401	Bürokratieporsche: Weniger Sitze, mehr Tempo LV Schleswig-Holstein (Landesverbände)	20
402	Zwischen Wehrhaftigkeit und Parteienprivileg - kein vorschnelles AfD-Verbotsverfahren LV Bayern (Landesverbände)	22
403	Sperrbezirke zerschlagen - kein Skandal mehr um Rosi BAK Liberaler Feminismus (BAKs)	27
404	Wir Schöpfen das - Schöpfen ins 21. Jahrhundert bringen LV Sachsen (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände)	28
405	"Wer nicht?" statt Wehrpflicht LV Sachsen-Anhalt (Landesverbände)	29
406	ABM-Posten in der Bundesregierung abschaffen! LV Sachsen-Anhalt (Landesverbände)	30
407	NGOs entstaatlichen! LV Berlin (Landesverbände)	31
408	Wir sind die Meinungsfreiheit-Ultras! KV Rheinhessen-Mainz (LV Rheinland-Pfalz)	32

5 - Europa und Internationales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
501	Zukunft sichern: Reform der Vereinten Nationen LV Bayern (Landesverbände), BAK Europa, Internationales und Verteidigung (BAKs)	34
502	Demokratien halten zusammen. Eine Deutsch-Indische Zukunftsaenda. BAK Europa, Internationales und Verteidigung (BAKs), LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	38
503	Entbürokratisierung der Bundeswehrbeschaffung LV Rheinland-Pfalz (Landesverbände)	41

7 - Umwelt, Verkehr und Bau

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
701	Führerschein bezahlbar machen LV Bayern (Landesverbände), LV Hessen (Landesverbände)	43
702	Freie Fahrt für die nächste Generation LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände), LV Bayern (Landesverbände)	44
703	Naturschutz fern von Rotkäppchen: Für einen praxisnahen Umgang mit dem Wolf LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände)	46
704	„Helft“ euch ins Knie! LV Sachsen-Anhalt (Landesverbände)	47

8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
801	Steuern sind Raub! LV Sachsen-Anhalt (Landesverbände)	48
802	Weil Arbeitnehmer uns mehr wert sind – Mindestlohn abschaffen! LV Sachsen-Anhalt (Landesverbände), KV Magdeburg	49
803	Mehr Milei Zuhause – Enterprise Zones für Deutschland BV Ostwestfalen-Lippe, BV Düsseldorf	50

9 - Internes, FDP und Grundsätzliches

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
901	Aus Liebe zur Freiheit: Alles lässt sich ändern LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Schleswig-Holstein (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände), LV Bayern (Landesverbände)	51
902	Grundsätzlich. Liberal. - Positionsbestimmung der Jungen Liberalen LV Hessen (Landesverbände), LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände), LV Hamburg (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Brandenburg (Landesverbände), LV Berlin (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände), LV Sachsen (Landesverbände)	61

Antrag 101: Lernen für Ihr Leben gern

Laufende Nummer: 434

Antragsteller*in:	LV Bayern (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	1 - Bildung, Forschung und Kultur
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die JuLis Bayern fordern ein faires praktisches Jahr („PJ“) für angehende
2 Ärztinnen und Ärzte. Der immensen Arbeitsbelastung sowie den psychischen
3 Anforderungen ist es nicht angemessen, dass angehende Mediziner/innen keine geregelte
4 Vergütung erhalten und die Ausbildungsinhalte nicht klar festgelegt sind. Deshalb
5 fordern wir:
- 6 1. Eine garantierte Vergütung in Höhe des Bafög-Höchstsatzes.
 - 7 2. Einen festgelegten zeitlichen Mindestabstand zwischen letztem Arbeitstag und M3.
 - 8 3. Einen klar definierten, zu gewährenden und auch für die Zulassung zum
9 M3 obligatorischen Ausbildungskatalog für PJler/innen, dessen Erfüllung in
10 der Verantwortung des Krankenhauses liegt. Dieser ist vorerst insbesondere für
11 die Pflichttertiäre Chirurgie und Innere festzulegen.
 - 12 4. Perspektivisch fordern wir außerdem eine festzulegende Anzahl an
13 möglichen Krankheitstagen, die nicht von den maximal 30 Fehltagen im PJ
14 abgezogen werden und vor allem eine bessere M3-Vorbereitung ermöglichen sollen,
15 wenn die – oft zum Lernen eingeplanten Fehltage – nicht als Krankheitstage
16 „verbraucht“ werden müssen.

Begründung

Antragssteller: BY, BW

Antrag 102: Studienabschlüsse anerkennen! – Deutschland endlich attraktiv machen

Laufende Nummer: 442

Antragsteller*in:	BV Düsseldorf
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	1 - Bildung, Forschung und Kultur
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Über die letzten Jahrzehnte haben sich die verschiedenen Hochschulsysteme in ganz
2 Europa immer weiter aneinander angeglichen und mit der Einführung von Bologna ist die
3 Anerkennung der allermeisten Studienabschlüsse innerhalb Europas auch in Deutschland
4 standardisiert worden. Diese Entwicklung hat zu weitreichender Freiheit in der EU
5 geführt und ist Ausdruck der europäischen Integration.

6 Leider hat Deutschland trotz dieser europäischen Integration kein transparentes
7 System für die Anerkennung ausländischer Studiengänge eingeführt, welches
8 systematisch aufzeigt, welche Abschlüsse anerkannt werden und zu welchen
9 Berechtigungen sie führen. Die Abschlüsse innerhalb der EU müssen zwar aufgrund des
10 Bologna-Prozesses mittlerweile anerkannt werden, allerdings führt das nicht in allen
11 Berufen zu einem vergleichbaren Berufszugang. Beispielsweise in der Psychologie oder
12 in der Medizin ist oft noch eine zusätzliche Ausbildung nach dem Studium notwendig,
13 zu der man mit einem ausländischen Abschluss oft nicht berechtigt ist.

14 Darüber hinaus bleibt für Menschen mit Abschlüssen außerhalb der EU die Anerkennung
15 immer noch häufig unklar. Leider sieht das eigens dafür geschaffene
16 Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) für die Frage der Anerkennung von
17 außerhalb der EU erworbenen Studienabschlüssen keine systematische Lösung, in Form
18 der generellen Anerkennung von beispielsweise einem bestimmten Studiengang einer
19 bestimmten Universität vor, sondern eine Einzelfallprüfung. Betroffenen gibt die
20 Datenbank anabin zwar einen Überblick, nicht aber eine verbindliche Zusage der
21 Anerkennung des angestrebten/erworbenen Abschlusses. Das verursacht eine extreme
22 Planungsunsicherheit und macht den Standort Deutschland durch zeitraubende Bürokratie
23 und eine Prüfgebühr von 200 bis 600 Euro extrem unattraktiv.

24 Aus diesen Gründen fordern wir als Junge Liberale:

25 **1. Einführung von Typenentscheidungen**

26 Im Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz sollen Typenentscheidungen
27 Einzelfallentscheidungen soweit möglich hinsichtlich der Anerkennung von Abschlüssen
28 von außerhalb der EU und bei der Berechtigung für Ausbildungen nach dem Studium
29 ersetzen.

30 **2. Einführung einer Positivliste**

31 Eine Erweiterung der Datenbank anabin durch das öffentliche Führen einer

32 verbindlichen Positivliste dieser Typenentscheidungen.

33 **3. Eindeutige Kennzeichnung der Anerkennung**

34 In der Positivliste soll klar gekennzeichnet werden, wofür ein Abschluss anerkannt
35 wird, in voll anerkannte Studiengänge, teilweise anerkannte Studiengänge, die zum
36 Beispiel nicht für eine Ausbildung berechtigen und nicht anerkannte Abschlüsse.

37 **4. Anerkennung durch den Bund regeln**

38 Eine klare Festlegung der Kompetenzen auf die Zentralstelle für ausländisches
39 Bildungswesen (ZAB).

40 **5. Umrechnung der Leistungen**

41 Die Prüfung der Abschlüsse soll sich an einer fairen Umrechnung der Credit
42 PointSysteme ausrichten, um das tatsächliche Können zu bewerten und nicht nur den
43 Namen des Abschlusses.

44 **6. Geprüfte Abschlüsse übernehmen**

45 Bereits geprüfte Abschlüsse von anabin-H+ Hochschulen, sollen automatisch in die
46 Liste aufgenommen werden. Alle zuvor mehrfach geprüften Studienabschlüsse, die immer
47 anerkannt wurden, sollen ebenfalls übernommen werden.

48 **7. Prüfgebühr senken**

49 Senkung der Prüfgebühr auf maximal 100 Euro und Möglichkeit einer online Beantragung.
50

51 **8. Verfahrensdauer verkürzen**

52 Senkung der Verfahrensdauer auf maximal sechs Monate, sobald das Gesetz ein Jahr in
53 Kraft ist.

54 **9. An Studienordnungen anpassen**

55 Bei wesentlichen Änderungen der Studienordnung eines Abschlusses kann eine Neuprüfung
56 nötig werden und/oder ein Abschluss seinen Positivstatus verlieren. Diese Prüfung
57 wird von der ZAB durchgeführt.

Begründung

Die fehlende Planungssicherheit der vergangenen Jahrzehnte und die Bürokratie des aktuellen Anerkennungsprozesses können nicht länger akzeptiert werden. Die Einzelfallentscheidungen produzieren eine riesige bürokratische Hürde, fehlende Transparenz und einen Kostenaufwand. Durch die Einführung einer rechtswirksamen Positivliste wäre es einfacher, transparenter und günstiger für Fachkräfte nach Deutschland einzuwandern und auch für deutsche ihr Studium im Ausland zu planen.

71. Bundeskongress der Jungen Liberalen

Neckar Forum, Ebershaldenstraße 12, 73728 Esslingen am Neckar , 19.9.2025 -

Diese Kompetenz sollte nicht jedem einzelnen Bundesland obliegen, denn dies würde die Anerkennung wieder undurchsichtig und kompliziert machen. Stattdessen sollte diese Kompetenz eindeutig dem Bund zugebilligt werden und in der ZAB in einer Behörde gebündelt werden, um maximal viel Effizienz zu ermöglichen. Dabei sollten Abschlüsse die länger als normale Bachelor im Bologna System sind und mehr Aufwand und Können erfordern, adäquat behandelt werden und eine faire Umrechnungssystem geschaffen werden, damit weder zu viel noch zu wenig anerkannt wird. Dabei kann man durch das Zurückgreifen auf die Datenbank Anabin viel Verwaltungsaufwand bei der Umstellung sparen und sofort die Menschen entlasten.

Diese Forderungen würden dieses Bürokratieproblem lösen und Deutschland in diesem Bereich hochmodern aufstellen.

Antrag 103: Leg dat Dingen weg! – Medienkompetenz braucht Freiheit statt Verbote

Laufende Nummer: 443

Antragsteller*in:	BAK Bildung, Forschung und Kultur (BAKs)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	1 - Bildung, Forschung und Kultur
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Schule hat den Auftrag, junge Menschen unabhängig vom Elternhaus bestmöglich auf ihre
2 Zukunft vorzubereiten. Dazu gehört heute zwingend der kompetente, reflektierte und
3 selbstbestimmte Umgang mit digitalen Medien. Medienkompetenz ist eine zentrale
4 Zukunftskompetenz – vergleichbar mit Lesen, Schreiben und Rechnen. Die Realität zeigt
5 jedoch, dass diese Aufgabe bisher nur unzureichend erfüllt wird. Rund 40% der
6 Schülerinnen und Schüler der achten Klasse nur über rudimentäre digitale Fähigkeiten
7 – und im Jahrestrend ist ein deutlicher Rückgang der Kompetenzen festzustellen.

8 Eine Bitkom-Studie verdeutlicht zugleich, wie früh digitale Medien Teil der
9 Lebenswelt junger Menschen sind: Bereits mit durchschnittlich sieben Jahren nutzen
10 Kinder Smartphones, und mit neun Jahren besitzen sie ihr erstes eigenes Gerät. 99%
11 der Eltern geben an, dass Erreichbarkeit und Sicherheit der entscheidende Grund für
12 die frühe Smartphone-Vergabe sind. Während bei Kindern im Grundschulalter noch über
13 90% der Eltern Regeln, Zeitlimits und Jugendschutzfunktionen einsetzen, sinkt diese
14 Quote bei Jugendlichen ab 16 Jahren auf nur noch 10%. Zugleich wurde mehr als die
15 Hälfte der Kinder bereits Opfer von Cybermobbing oder ist mit verstörenden Inhalten
16 konfrontiert worden.

17 Diese Befunde machen deutlich: Medienbegleitung darf nicht allein den Eltern
18 überlassen bleiben. Während fast 80% der Eltern eine stärkere Verankerung von
19 Medien- und Digitalkompetenz in den Lehrplänen fordern, gelingt es vielen
20 gleichzeitig nicht, ihre Kinder wirksam und dauerhaft zu schützen. Schule muss daher
21 noch entschiedener als bisher Verantwortung übernehmen und systematisch digitale
22 Bildung vermitteln – altersgerecht, verbindlich und mit Blick auf die
23 Schutzbedürfnisse junger Menschen.

24 Digitalkompetenz ist heute genauso wichtig wie Lesen und Schreiben. Sie entscheidet
25 darüber, ob junge Menschen sich souverän, sicher und gestaltend in der digitalen Welt
26 bewegen können. Deshalb muss sie fester Bestandteil schulischer Bildung sein.

27 Ein pauschales Verbot von Smartphones an Schulen – wie es aktuell in politischen
28 Debatten gefordert wird – verkennt diese Realität. Es verlagert Probleme lediglich in
29 den privaten Raum, statt Lösungen zu schaffen. Kinder und Jugendliche bleiben damit
30 auf sich allein gestellt. Doch gute Medienbildung darf nicht vom Elternhaus abhängig
31 sein. Sie muss systematisch in der Schule stattfinden – dort, wo junge Menschen
32 begleitet, angeleitet und befähigt werden können.

33 Gleichzeitig ist unbestritten, dass eine unkontrollierte und unbegleitete Nutzung
34 digitaler Endgeräte im schulischen Raum problematische Auswirkungen auf

35 Konzentration, Sozialverhalten und psychisches Wohlbefinden haben kann. Genau deshalb
36 braucht es kein Verbot, sondern didaktisch fundierte, altersgerechte und flexibel
37 anpassbare Nutzungskonzepte, die Schulen eigenverantwortlich entwickeln dürfen –
38 angepasst an ihre pädagogischen, organisatorischen und personellen Gegebenheiten.

39 Um diesen Bildungsauftrag zu erfüllen, müssen Schulen über die notwendige
40 Infrastruktur verfügen und Lehrkräfte gezielt fortgebildet werden. Pädagoginnen und
41 Pädagogen benötigen nicht nur technisches Know-how, sondern auch medienpädagogische
42 und didaktische Kompetenzen. Dazu gehören unter anderem die Fähigkeit zur kritischen
43 Informationsbewertung, Datenschutzbewusstsein, digitale Selbstregulation und ein
44 verantwortungsvoller, kreativer Umgang mit digitalen Technologien. Nur so können sie
45 Schülerinnen und Schüler Schritt für Schritt an eine souveräne Nutzung digitaler
46 Medien heranführen.

47 Daher fordern die Jungen Liberalen:

- 48 1. Schulen die Freiheit zu geben, eigenverantwortlich, partizipativ und flexibel
49 Regelungen zur Smartphonennutzung zu entwickeln, die sowohl pädagogische,
50 personelle als auch organisatorische Gesichtspunkte vor Ort berücksichtigen.
- 51 2. Verstärkt bedarfsgerechte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und pädagogische
52 Fachkräfte bereitzustellen, die praxisnahe Inhalte und Methoden zur Nutzung von
53 digitalen Endgeräten in Schule und Unterricht vermitteln.
- 54 3. Die Medienbildung in Schulen kontinuierlich weiterzuentwickeln, um Schülerinnen
55 und Schülern ein altersgerechtes, zeitgemäßes und praxisnahes Verständnis für
56 digitale Medien zu vermitteln.
- 57 4. Smartphones sollen in schulischen Pausen und Freiräumen grundsätzlich für
58 Schülerinnen, Schüler und pädagogisches Personal frei nutzbar sein, wobei
59 Schulen im Rahmen ihrer Autonomie bei Bedarf Einschränkungen vornehmen können,
60 um Leistung und gemeinschaftliches Miteinander zu sichern. Pauschale Verbote
61 untergraben hingegen Vertrauen und Eigenverantwortung, weshalb digitale
62 Selbstbestimmung für alle am Schulleben Beteiligten gelten muss.
- 63 5. Schülerinnen, Schüler sowie Lehrkräfte und Eltern sollen in die Erarbeitung von
64 Regeln zur privaten Handynutzung eingebunden werden. Nur gemeinsam getragene
65 Regelungen können Akzeptanz und Wirkung entfalten.
- 66 6. Schulen sollen Konzepte entwickeln, die eine gesunde Balance zwischen analoger
67 Begegnung und digitaler Kommunikation ermöglichen, statt einseitig zu verbieten.
68 Dazu gehören freiwillige Medienpausen, nicht aber staatlich verordnete
69 Zwangspausen.
- 70 7. Anstelle von restriktiven Verboten setzen wir auf Aufklärung über Risiken von
71 exzessiver Nutzung (z. B. Cybermobbing, Abhängigkeit, Datenschutzprobleme) und
72 auf die Befähigung zu bewussten Entscheidungen im Umgang mit dem eigenen
73 Smartphone.

74

Antrag 301: OK Boomer

Laufende Nummer: 420

Antragsteller*in:	LV Thüringen (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Dass das Rentensystem vor dem Kollaps steht, ist schon lange offenbar und der
- 2 dringende Reformbedarf ebenso. Für uns Junge Liberale ist schon seit langem klar: Die
- 3 Zukunft heißt Kapitaldeckung! Der kürzliche Vorschlag des IDW eines Boomer-Soli ist
- 4 dabei lediglich eine Umverteilungsmaßnahme, welche das dysfunktionale System
- 5 aufrechterhält und keinen Schritt in Richtung Zukunftsfähigkeit der Rente geht.
- 6 Dennoch sehen wir in diesem Vorschlag ein Potential, das weitergedacht werden kann,
- 7 in dem der Boomer-Soli als ein zusätzliches Element dienen kann das Rentensystem
- 8 langfristig zu stabilisieren und auf Kapitaldeckung umzustellen.
- 9 Gegenwärtig ist der Staat alleinig in der Pflicht das Existenzminimum im Alter **zuzu**
- 10 sichern, unabhängig ob über eine Umlage oder aus Steuereinnahmen. Zur Umstellung auf eine
- 11 kapitalgedeckte Rente kann der Boomer-Soli dafür eine zusätzliche
- 12 Finanzierungsmöglichkeit sein, um die notwendigen Kraftanstrengungen auf die
- 13 Generationen zu verteilen.
- 14 Daher fordern wir Junge Liberale zusätzlich zu unseren bestehenden Forderungen eine
- 15 Pflicht zur privaten Altersvorsorge ab einem festgelegten Geburtsjahrgang mit
- 16 aussichtsreichem Anlagehorizont, um eine Teilverantwortung bei der Sicherung des
- 17 Existenzminimums an den Bürger zu übertragen. Dabei wird es jedoch mehrere Millionen
- 18 von Arbeitnehmern geben, welche keinen ausreichenden Anlagehorizont mehr haben und
- 19 sich die Kapitalinvestitionen nicht lohnen, weshalb zur Absicherung dieser Renten
- 20 eine Übergangsfinanzierung notwendig ist. Diese Übergangsfinanzierung kann ein
- 21 gerecht ausgestalteter und zeitlich begrenzter Boomer-Soli sein, bei dem eine
- 22 zusätzliche Abgabe für hohe Renten anfällt. So wollen wir langfristig die Staatsquote
- 23 in der Rente verringern und somit die Abgabenlast der arbeitenden Bevölkerung
- 24 reduzieren.
- 25 Die Pflicht zur privaten Altersvorsorge soll staatlich gefördert werden mit einem
- 26 Zuschuss von 20% bei bis zu 3000€ jährlichen Rücklagen.
- 27 Förderfähig soll dabei jegliche Kapitalanlage, wie ETFs, Anlagen oder Immobilienfonds
- 28 sein, welche allgemeine Bedingungen wie beispielsweise eine ausreichende
- 29 Diversifizierung erfüllt und erst bei Renteneintritt darauf zugegriffen wird. Für
- 30 jene die keine eigenen Anlageprodukte auswählen wollen, soll der Staat einen Pool an
- 31 Anlageprodukten anbieten, in denen die Bürger ansparen können. Als zusätzliche
- 32 Maßnahme sollen zudem Projekte wie Rürup und Riester auf beschriebene Anlageprodukte

Begründung

71. Bundeskongress der Jungen Liberalen
Neckar Forum, Ebershaldenstraße 12, 73728 Esslingen am Neckar , 19.9.2025 -
Begründung erfolgt mündlich

Antrag 302: Tatort Kreißsaal - Das unsichtbare Trauma

Laufende Nummer: 435

Antragsteller*in:	BAK Liberaler Feminismus (BAKs)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Die Geburt ist ein prägendes Ereignis im Leben von Mutter und Kind. Dennoch berichten
2 Studien zufolge 30–50 % der Gebärenden in Deutschland von respektlosen oder
3 gewaltvollen Erfahrungen, etwa durch fehlende Aufklärung, unnötige Interventionen
4 oder mangelnde Betreuung. Solche Erfahrungen können zu Traumatisierungen und sogar
5 posttraumatischen Belastungsstörungen führen. Ursachen liegen auch in strukturellen
6 Problemen wie Personalmangel, ökonomischem Druck und fehlender Transparenz.

7 Liberale Politik muss hier ansetzen: Im Zentrum steht die Selbstbestimmung der
8 Gebärenden. Jede Frau hat das Recht, über den Geburtsort, die Art der Geburt und die
9 Begleitung frei zu entscheiden. Gewaltfreie Geburtshilfe bedeutet, individuelle
10 Wahlfreiheit zu respektieren, medizinische Maßnahmen nur nach informierter
11 Einwilligung durchzuführen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die Würde und
12 Sicherheit garantieren.

13 Die WHO, internationale Studien und Initiativen wie Gerechte Geburt zeigen:
14 Kontinuierliche Betreuung durch Hebammen, evidenzbasierte Standards und transparente
15 Qualitätssicherung verbessern nicht nur die Erfahrung der Geburt, sondern auch die
16 medizinischen Ergebnisse. Es ist Zeit, Geburtshilfe in Deutschland konsequent
17 menschenwürdig, liberal und gewaltfrei zu gestalten.

18 1. Wahlfreiheit gesetzlich verankern

- 19 • Recht auf freie Wahl des Geburtsortes (Klinik, Geburtshaus, Zuhause) und
20 der Geburtsbegleitung
- Sicherstellung der Entscheidungsfreiheit über geburtshilfliche Eingriffe
durch umfassende, verständliche Aufklärung und informierte Zustimmung.

21

22 2. Kontinuierliche Betreuung gewährleisten

- 23 • Gesetzlich garantiertes Recht auf 1:1-Betreuung durch die Hebamme während
der gesamten Geburt. Als Vorbild gilt hier die Niederlande.
- Finanzierung dieser Leistungen durch Krankenkassen, gestützt auf
wissenschaftliche Evidenz (WHO, Cochrane-Reviews).

24

25 3. Gewaltfreie Strukturen etablieren

- Umsetzung internationaler Standards wie WHO/IMBCI-„10 Schritte zur optimalen Mutter-Baby-Betreuung“ und White Ribbon Alliance-Charta.

26

27

- Zertifizierung „Mutter-Baby-freundlicher Kliniken“ mit regelmäßiger Fremdüberprüfung.

28

4. Umfassende Informationspflichten & Hebammenbegleitung aus einer Hand

- Verpflichtende, leicht verständliche Information über alle Geburtsoptionen.

29

30

- Förderung der durchgehenden Betreuung durch eine Hebamme ab der frühen Schwangerschaft bis zur Nachsorge.

31

32 5. Reform des Mutterpasses

- Erweiterung um psychosoziale Aspekte, laiengerechte Darstellung medizinischer Informationen und Vermeidung von angstausslösender Überfrachtung mit Daten.

33

34 6. Transparenz und Datenerhebung

- Systematische nationale Erhebung zu Gewalterfahrungen und Interventionsraten.

35

36

- Veröffentlichung eines jährlichen „Geburtshilfe-Qualitätsberichtes“ unter Beteiligung von Betroffenenorganisationen.

37

7. Unterstützung und Beschwerdemöglichkeiten für Betroffene

- Einrichtung unabhängiger, niedrigschwelliger Beschwerde- und Beratungsstellen für Gebärende.

38

39

40

- Anonyme Meldestellen auch für Fachpersonal, um strukturelle Missstände aufzuzeigen.

41

- Ausbau von Traumahilfe und Nachsorge, inklusive Screening mit der Edinburgh Postnatal Depression Scale (EPDS) und strukturiertem Geburtsnachgespräch.

42

43 8. Rahmenbedingungen und Vergütungssystem reformieren

- Anpassung der Finanzierungssysteme, sodass interventionsarme,

44 physiologische Geburten nicht benachteiligt, sondern angemessen honoriert
45 werden.

- 46 • Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Hebammen und Geburtshelfer:innen,
einschließlich Fortbildungen zu Ethik, Kommunikation und Gewaltprävention.

9. Partizipation sichern

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60 Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe „Geburtshilfe-Reform“ unter
61 Einbeziehung aller relevanten Gruppen: Eltern, Hebammen, Ärzt:innen, Psycholog:innen
62 und Betroffenenorganisationen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 401: Bürokratieporsch: Weniger Sitze, mehr Tempo

Laufende Nummer: 419

Antragsteller*in:	LV Schleswig-Holstein (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen, Sport und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die jüngsten Entwicklungen und Herausforderungen in der öffentlichen Verwaltung
2 machen eine dringende und grundlegende Reform der Beschäftigungsstrukturen im
3 öffentlichen Dienst notwendig. Um die Verwaltung zu modernisieren, effizienter zu
4 gestalten und um talentierte sowie leistungsstarke Individuen angemessen zu fördern
5 und zu belohnen, ist es unabdingbar, die Praxis der Verbeamtung neu zu strukturieren
6 und zukünftig zu verschlanken.
- 7 Daher fordern die Jungen Liberalen:
- 8 **1. Begrenzung der Verbeamtung auf zwingend notwendige Bereiche:** Der Beamtenstatus
9 soll künftig ausschließlich dort eingesetzt werden, wo er aus
10 verfassungsrechtlichen oder funktionalen Gründen unabdingbar ist – insbesondere
11 bei hoheitlichen Aufgaben mit Grundrechtseingriffen, wie etwa in der Polizei,
12 Justiz, dem Strafvollzug oder der Steuerfahndung. In allen anderen Bereichen,
13 insbesondere in der allgemeinen öffentlichen Verwaltung, fordern wir die
14 Abschaffung der Verbeamtung. Dort sind tarifliche Arbeitsverhältnisse nicht nur
15 ausreichend, sondern sogar überlegen in Bezug auf Effizienz,
16 Leistungsorientierung und Fairness. Ziel ist eine moderne, durchlässige und
17 bedarfsorientierte Verwaltung, in der Beschäftigte auf Grundlage ihrer
18 tatsächlichen Leistung und Verantwortung arbeiten – nicht aufgrund ihres Status.
- 19 **2. Leistungsorientierte Vergabe von Beamtenstellen:** Dienstzeit von Beamten ist kein
20 Leistungskriterium per se. Die Vergabe der Beamtenstellen soll ausschließlich
21 auf Basis nachgewiesener Leistung und fachlicher Qualifikation der Bewerberinnen
22 und Bewerber erfolgen. Dies soll für Quereinsteiger ebenso wie für bestehende
23 Beamte gelten. Außerdem soll eine umfassende Analyse von Overhead-Quoten in
24 Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen stattfinden, mit dem Ziel, diese
25 Quoten mittelfristig zu senken. Auch Förderstrukturen sollen gesondert auf ihren
26 benötigten Overhead hin überprüft werden, damit öffentliche Fördergelder
27 sachdienlich verwendet werden können. Neue Pflichtaufgaben sind nach Möglichkeit
28 ressourcenneutral unter Einbeziehung des bestehenden Personalkörpers zu
29 bewältigen. Auch die Beteiligungen des Bundes wollen wir aufgabenkritischen
30 Maßnahmen unterziehen, um Doppelstrukturen vorzubeugen und Synergien zum Zwecke
31 der Reduzierung von Personalkosten zu nutzen. Synergien zwischen den
32 Beteiligungen sollen gehoben werden.
- 33 **3. Einführung eines Verwaltungskostenmoratoriums:** Die Personalkosten und der
34 laufende Sachaufwand des Bundes liegen in 2025 mit 91,6 Milliarden Euro bei
35 knapp 20 % des Gesamthaushalts. Ziel muss es sein, diese Quote im Bundeshaushalt
36 mittelfristig auf unter 15% zu senken. Um der schleichenden Aufblähung der

37 Verwaltung entgegenzuwirken und eine schlanke, effiziente und zukunftsfähige
38 öffentliche Hand zu garantieren, fordern wir die Einführung eines Moratoriums
39 für Personalkosten in der öffentlichen Verwaltung auf allen staatlichen Ebenen.
40 Für fünf Jahre dürfen die Personalkosten nicht steigen. Nach Ablauf dieser fünf
41 Jahre soll ein jährliches Wachstum in Höhe der Inflation zulässig sein. Dies ist
42 durch ein Bundesgesetz festzusetzen.

43 **4. Entwicklung und Implementierung eines transparenten Leistungsbewertungssystems:**

44 Für die Beurteilung der Leistung sollen einheitliche, transparente und gerechte
45 Kriterien entwickelt werden. Dieses Bewertungssystem soll eine objektive
46 Grundlage für die Entscheidung über Verbeamtungen sowie für Beförderungen
47 innerhalb des öffentlichen Dienstes bilden. Überdurchschnittliche Leistung statt
48 Dienstzeit sollen hier die Basis sein.

49 **5. Abschaffung starrer Strukturen – für flexible Karrierepfade:** Das aktuelle System
50 aus starren Besoldungsgruppen und formalen Laufbahngruppen ist ein Relikt
51 vergangener Verwaltungsepochen. Es behindert Durchlässigkeit, fördert
52 Hierarchiedenken und bildet individuelle Leistung nicht adäquat ab. Wir fordern
53 daher die komplette Abschaffung dieser Strukturen. Beruflicher Aufstieg,
54 Zuständigkeiten und Verantwortung dürfen nicht länger von der Zugehörigkeit zu
55 starren Laufbahngruppen oder dem Dienstalter abhängen, sondern müssen sich an
56 realer Kompetenz und dem konkreten Beitrag zur Verwaltungsleistung orientieren.

57 **6. Einführung eines leistungsbezogenen Vergütungssystems:** Um Leistung sichtbar und
58 wirksam zu honorieren, fordern wir die Einführung eines flexiblen,
59 leistungsbezogenen Vergütungssystems im öffentlichen Dienst. Vergütung soll sich
60 künftig an nachgewiesener Leistung, Verantwortung, Innovationsfähigkeit und
61 gesellschaftlicher Wirkung orientieren – nicht an Status oder Dauer der
62 Dienstzugehörigkeit. Dieses neue Vergütungsmodell soll individuelle
63 Gehaltsentwicklung, Leistungsprämien und beschleunigte Karrierewege ermöglichen.
64 Ziel ist es, die öffentliche Verwaltung zu einem attraktiven, zukunftsfähigen
65 Arbeitgeber zu machen, der Engagement belohnt und Potenzial entfaltet – statt es
66 zu blockieren - und sicherzustellen, dass die Leistung kontinuierlich den
67 Erwartungen entspricht.

68 **7. Ausbau regulatorischer Sandboxes in der Verwaltung:** In ausgewählten Bereichen
69 soll es Behörden auf allen Ebenen vermehrt ermöglicht werden, von geltenden
70 Verfahren abzuweichen, um neue, vereinfachte Verfahren zu testen und zu
71 evaluieren. So soll im Rahmen eines standardisierten, niedrighwelligen
72 Genehmigungsprozesses möglich gemacht werden, dass im Rahmen von Modellversuchen
73 neue Ansätze für bestehende Verwaltungsvorschriften gefunden werden, ohne im
74 ersten Schritt bereits vorhandene Strukturen zu gefährden. Die gewonnenen
75 Erkenntnisse aus der Praxis können genutzt werden, um Verwaltungsprozesse in der
76 Breite zu optimieren.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 402: Zwischen Wehrhaftigkeit und Parteienprivileg - kein vorschnelles AfD-Verbotsverfahren

Laufende Nummer: 423

Antragsteller*in:	LV Bayern (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen, Sport und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 **Unsere Demokratie ist wehrhaft.** Aus den Erfahrungen der Weimarer Republik und
2 dem unvorstellbaren Grauen des Nationalsozialismus haben die Mütter und Väter
3 unseres Grundgesetzes klare Konsequenzen gezogen. Sie schufen eine Verfassung, die
4 nicht nur die Freiheit schützt, sondern auch die Mittel bereitstellt, sie gegen ihre
5 Feinde zu verteidigen. Die wehrhafte Demokratie ist Ausdruck dieser Lehren – und
6 bleibt bis heute ein zentraler Grundpfeiler unserer freiheitlichen demokratischen
7 Grundordnung.

8 In unserem politischen System stehen die Parteien unter einem besonderen
9 Schutz; Artikel 21 Abs. 1 des Grundgesetzes unterstreicht nicht nur diesen Schutz,
10 sondern hebt vor allem die wichtige Rolle der Parteien bei der Meinungsbildung im
11 Volk hervor. Doch dieser Schutz ist nicht grenzenlos. Artikel 21 Abs. 2 GG bietet –
12 als Ausfluss der wehrhaften Demokratie – unserer Verfassung die
13 Möglichkeit, verfassungsfeindliche Parteien zu verbieten. Ein solches Parteienverbot
14 ist dabei das schärfste Schwert und kein politisches Mittel, das leichtfertig oder
15 zur Stigmatisierung eingesetzt werden darf. Gerade weil der besondere Schutz von
16 Parteien innerhalb unserer Verfassungsordnung das Herzstück unserer Demokratie ist,
17 bleibt ihr Verbot stets die ultimative Ausnahme in unserer Verfassungsordnung.

18 Das für das Verbotsverfahren zuständige Bundesverfassungsgericht hat im Zuge
19 der Verbotsverfahren gegen die NPD (heute „Die Heimat“) die zentralen Grundsätze für
20 ein Parteienverbot herausgearbeitet. Ein Blick in diese Urteile zeigt, welche hohen
21 Hürden ein solches Verfahren hat. Nach Rechtsprechung des BVerfG müssen für
22 die Verfassungsfeindlichkeit einer Partei die folgenden Voraussetzungen
23 kumulativ vorliegen:

24 1. Eine Partei ist **verfassungswidrig**, wenn sie nach ihren Zielen oder nach
25 dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgeht, die freiheitliche
26 demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den
27 Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden (im Einzelnen hierzu BVerfGE
28 144, 20, Rn. 528 ff.). Der Begriff der freiheitlichen demokratischen
29 Grundordnung im Sinne von Art. 21 Abs. 2 GG erfordert eine Konzentration auf
30 wenige, zentrale Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat
31 schlechthin unentbehrlich sind. Die Grundentscheidung der Verfassung für einen
32 offenen Prozess der politischen Willensbildung hat zur Folge, dass auch das
33 kritische Hinterfragen einzelner Elemente der Verfassung möglich sein muss, ohne
34 dass dadurch ein Parteienverbot ausgelöst werden kann. Ein Ausschluss aus dem
35 Prozess der politischen Willensbildung kommt erst in Betracht, wenn dasjenige in

36 Frage gestellt und abgelehnt wird, was zur Gewährleistung eines freiheitlichen
37 und demokratischen Zusammenlebens schlechthin unverzichtbar ist und daher
38 außerhalb jedes Streits stehen muss (vgl. BVerfGE 144, 20, Rn. 535).

39 Diese sind nach dem Bundesverfassungsgericht:

- 40 • **a. Menschenwürde:** Ausgangspunkt der freiheitlichen
41 demokratischen Grundordnung ist die Menschenwürde. Sie in allen ihren
42 Erscheinungsformen zu achten und zu schützen ist die oberste Pflicht jeden
43 staatlichen Handelns. Die Garantie der Menschenwürde umfasst insbesondere
44 die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die
45 elementare Rechtsgleichheit. Menschenwürde ist egalitär; sie gründet
46 ausschließlich in der Zugehörigkeit zur menschlichen Gattung, unabhängig
47 von Merkmalen wie Herkunft, Rasse, Lebensalter oder Geschlecht. Dem
48 Achtungsanspruch des Einzelnen als Person ist die Anerkennung als
49 gleichberechtigtes Mitglied in der rechtlich verfassten Gemeinschaft
50 immanent. Antisemitische oder auf rassistische Diskriminierung zielende
51 Konzepte sind damit nicht vereinbar und verstoßen gegen die freiheitliche
52 demokratische Grundordnung (vgl. BVerfGE 144, 20, Rn. 538 ff.).
- 53 • **b. Demokratieprinzip:** Das Demokratieprinzip ist konstitutiver
54 Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Unverzichtbar
55 für ein demokratisches System sind die Möglichkeit gleichberechtigter
56 Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen
57 Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung der Staatsgewalt an das
58 Volk. Wie diesen Anforderungen entsprochen wird, ist für die Frage der
59 Vereinbarkeit eines politischen Konzepts mit der freiheitlichen
60 demokratischen Grundordnung nicht entscheidend. So vermag die Ablehnung des
61 Parlamentarismus, wenn sie mit der Forderung nach dessen Ersetzung durch
62 ein plebiszitäres System verbunden ist, den Vorwurf der Missachtung der
63 freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu begründen. Anders
64 verhält es sich jedoch im Fall einer Verächtlichmachung des Parlaments mit
65 dem Ziel, ein Einparteiensystem zu etablieren. Der Grundsatz der
66 Volkssouveränität (Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG) erfordert daneben, dass sich
67 alle Akte der Ausübung der Staatsgewalt auf den Willen des Volkes
68 zurückführen lassen. Erforderlich ist eine ununterbrochene
69 Legitimationskette vom Volk zu den mit staatlichen Aufgaben betrauten
70 Organen und Amtswaltern. Den Rahmen der freiheitlichen demokratischen
71 Grundordnung verlässt demgemäß, wer den Parlamentarismus verächtlich macht,
72 ohne aufzuzeigen, auf welchem anderen Weg dem Grundsatz der
73 Volkssouveränität Rechnung getragen und die Offenheit des politischen
74 Willensbildungsprozesses gewährleistet werden kann (vgl. BVerfGE 144, 20,
75 Rn. 542 ff.).
- 76 • **c. Rechtsstaatlichkeit:** Schließlich ist der Grundsatz
77 der Rechtsstaatlichkeit unverzichtbarer Teil der freiheitlichen
78 demokratischen Grundordnung im Sinne von Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG. Er zielt
79 auf die Bindung und Begrenzung öffentlicher Gewalt zum Schutz
80 individueller Freiheit. Für den Begriff der freiheitlichen demokratischen
81 Grundordnung sind dabei die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20

82 Abs. 3 GG) und die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte
83 bestimmend (vgl. BVerfGE 144, 20, Rn. 547).

84

85 2. Zweite Voraussetzung für die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer
86 Partei gemäß Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG ist, dass diese eine „**Beseitigung**“
87 **oder „Beeinträchtigung“ der freiheitlichen demokratischen Grundordnung**anstrebt.
88 Der Begriff des „Beseitigens“ meint die Abschaffung zumindest eines
89 der Wesenselemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder
90 deren Ersetzung durch eine andere Verfassungsordnung oder ein
91 anderes Regierungssystem. Hingegen ist von einem „Beeinträchtigen“ auszugehen,
92 wenn eine Partei nach ihrem politischen Konzept mit hinreichender Intensität
93 eine spürbare Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewirkt.
94 Ein „Beeinträchtigen“ liegt daher bereits vor, wenn eine Partei, selbst wenn
95 sie noch nicht erkennen lässt, welche Verfassungsordnung an die Stelle
96 der bestehenden treten soll, qualifiziert die Außerkraftsetzung der
97 bestehenden Verfassungsordnung betreibt. Ausreichend ist, dass sie sich gegen
98 eines der Wesenselemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung
99 (Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaat) wendet, da diese miteinander
100 verschränkt sind und sich gegenseitig bedingen (vgl. BVerfGE 144, 20, Rn. 548
101 ff.).

102 3. Dass eine Partei die Beseitigung oder Beeinträchtigung der
103 freiheitlichen demokratischen Grundordnung anstrebt, muss sich nach dem Wortlaut
104 von Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG aus den „**Zielen**“ **oder dem „Verhalten ihrer**
105 **Anhänger**“ ergeben. Die „Ziele“ und das „Verhalten der Anhänger“ sind
106 dementsprechend die einzigen Erkenntnisquellen für die Feststellung der
107 Verfassungswidrigkeit einer Partei (vgl. BVerfGE 144, 20, Rn. 557 ff.).

108 4. Eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete
109 Zielsetzung einer Partei reicht für die Anordnung eines Parteiverbots gemäß Art.
110 21 Abs. 2 GG nicht aus. Erforderlich ist vielmehr, dass die Partei auf
111 die Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen
112 Grundordnung „ausgeht“. Ein solches „Ausgehen“ setzt bereits begrifflich ein
113 aktives Handeln voraus. Ausgehend von der bisherigen Rechtsprechung setzt dies
114 ein planvolles Handeln voraus, das im Sinne einer qualifizierten
115 Vorbereitungshandlung auf die Beeinträchtigung oder Beseitigung der
116 freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder auf die Gefährdung des Bestandes
117 der Bundesrepublik Deutschland gerichtet ist. Dass dadurch eine konkrete Gefahr
118 für die durch Art. 21 Abs. 2 GG geschützten Rechtsgüter begründet wird, ist
119 nicht erforderlich. Allerdings bedarf es konkreter **Anhaltspunkte von Gewicht,**
120 **die einen Erfolg des gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den**
121 **Bestand der Bundesrepublik Deutschland gerichteten Handelns zumindest möglich**
122 **erscheinen lassen** (sog. *Potentialität*; vgl. BVerfGE 144, 20, Rn. 557 ff.).

123

124 Nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz am 2. Mai 2025 die Einstufung
125 der Gesamtpartei der Alternative für Deutschland (AfD) als „gesichert
126 rechtsextrem“ bekannt gegeben hat, häufen sich die Forderungen nach einem
127 Verbotverfahren gegen die AfD von vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen. Dabei ist

128 zu berücksichtigen, dass die AfD gegen diese Einstufung Klage eingereicht hat.
129 Solange kein rechtskräftiger Abschluss dieser Verfahren vorliegt, besteht eine
130 rechtliche Unsicherheit über die Einstufung.

131 **Die Jungen Liberalen Bayern stellen sich nicht grundsätzlich gegen**
132 **ein Verbotsverfahren der AfD, halten die aktuellen Rufe nach einer möglichst**
133 **schnellen Antragstellung jedoch nicht für zielführend. Wir sind überzeugt, dass**
134 **ein überstürztes Verfahren unserer Demokratie mehr schadet, als es nützt.**
135 **Mehrere gescheiterte Verfahren, wie es sie im Fall der NPD gab, müssen im Hinblick**
136 **auf die AfD in jedem Fall verhindert werden.**

137 Diese Überzeugung stützen wir insbesondere auf die folgenden Punkte:

- 138 **1. Die AfD wird von der Einleitung eines Verfahrens politisch**
139 **profitieren.** Ein Parteiverbotsverfahren dauert in der Regel mehrere Jahre,
140 währenddessen wird sich die politische Debatte zwangsläufig verstärkt auf die
141 AfD richten; der Lösung von Problemen durch die demokratischen Parteien wird
142 weniger Aufmerksamkeit zukommen. In dieser Zeit kann sich die AfD gezielt als
143 "Opfer der Systemparteien" inszenieren, eine aufopferungsbereite Märtyrer-
144 Rhetorik bedienen und damit neue Wähler mobilisieren.
- 145 **2. Die Gefahr der politischen Instrumentalisierung:** Der politische Schaden
146 eines gescheiterten Verfahrens würde insbesondere darin liegen, dass die AfD
147 behaupten könnte, dass sie nach Urteil des BVerfG nicht verfassungsfeindlich
148 sei. Es würde ihr ein weiteres Argument geben, weshalb sie eine „normale“ Partei
149 im demokratischen Spektrum wäre. Darüber hinaus kann ein Vorstoß zum
150 Parteienverbot ohne breite parteiübergreifende Zustimmung leicht als politisches
151 Instrument gedeutet werden. Das gefährdet langfristig das Vertrauen in die
152 Unabhängigkeit der Justiz und des Bundesverfassungsgerichts als unparteiische
153 Hüterin unserer Verfassung.
- 154 **3. Mit einem Verbot der Partei werden nicht die zugrundeliegenden Probleme**
155 **gelöst.** Mit einem Verbotsverfahren werden die demokratischen Parteien keine
156 Stimmen aus dem Lager der AfD zurückholen. Selbst ein erfolgreiches Verbot würde
157 die Anhänger nicht verschwinden lassen, sondern oft in neue, formal
158 andere Zusammenschlüsse treiben – soweit dies rechtlich möglich ist.
159 Ein schlussendliches Verbot gibt den demokratischen Kräften in unserem
160 Land lediglich mehr Zeit zum Handeln.

161

162 Vor diesem Hintergrund müssen nach unserer Überzeugung schnellstmöglich
163 die nachfolgenden Hürden abgebaut werden, bevor ein Verbotsverfahren eingeleitet
164 werden kann. **Wir fordern daher die antragsberechtigten Verfassungsorgane auf,**
165 **darauf hinzuwirken, dass**

- 166 **1. schnellstmöglich mehrere Gutachten (jedoch mind. fünf) renommierter**
167 **und unabhängiger Verfassungsrechtler zu den Erfolgsaussichten**
168 **eines Verbotsverfahrens erstellt werden. Entsprechende Mittel sind hierzu durch**
169 **den Deutschen Bundestag bereitzustellen. Die Gutachter sollen unabhängig**
170 **voneinander arbeiten und Zugang zu allen Erkenntnissen der Bundesregierung sowie**
171 **der ihr nachgeordneter Behörden und aller Landesbehörden (§§ 1 II, III, 20 I Nr.**
172 **4 BVerfSchG) über die AfD erhalten;**

71. Bundeskongress der Jungen Liberalen
Neckar Forum, Ebershaldenstraße 12, 73728 Esslingen am Neckar , 19.9.2025 -

173 2. vor der Antragstellung das vom Bundesverfassungsgericht entwickelte „**Gebots**
174 **der strikten Staatsfreiheit**“ eingehalten wird;

175 3. mit allen ihnen möglichen prozessualen Mitteln darauf hinzuwirken, dass alle
176 **Verfahren über die Einstufung der Gesamtpartei AfD** als „gesichert
177 rechtsextrem“ höchstrichterlich und rechtskräftig abgeschlossen werden.

178

179 Bis dahin gilt es, die AfD inhaltlich zu stellen und den Diskussionen nicht aus
180 dem Weg zu gehen. Wir setzen uns dafür ein, die politische Bildung in der
181 Gesellschaft wieder zu stärken und hierfür auch die Institutionen, welche diesen
182 Zweck verfolgen, entsprechend ausgestattet und in ihrem Handeln unterstützt werden.

183 **Sollten die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat die o.g. Hürden**
184 **abgebaut haben und eine positive Prognose für die Verfassungsfeindlichkeit i.S.d Art.**
185 **21 Abs. 2 GG vorliegen, halten wir es im Hinblick auf unsere Verpflichtung vor**
186 **unserem Grundgesetz jedoch für zwingend erforderlich, dass ein Verbotsverfahren gegen**
187 **die AfD eingeleitet wird.**

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 403: Sperrbezirke zerschlagen - kein Skandal mehr um Rosi

Laufende Nummer: 424

Antragsteller*in:	BAK Liberaler Feminismus (BAKs)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen, Sport und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Sexarbeit ist in Deutschland legal und dennoch wird diese Arbeit durch
2 Sperrbezirksregelungen faktisch kriminalisiert und an den Rand der Gesellschaft
3 gedrängt. Sperrbezirke verlagern die Tätigkeit in unsichere, versteckte Räume,
4 erschweren den Zugang zu Beratungsstellen und Gesundheitsdiensten und verhindern eine
5 vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden. Sie tragen zur
6 Stigmatisierung bei und sind ein Relikt vergangener Politik, das nicht zu einer
7 modernen, liberalen Gesellschaft passt. Wer legal arbeitet, hat ein Recht auf
8 Sicherheit, Rechtsklarheit und gesellschaftliche Akzeptanz. Wir wollen eine Politik,
9 die die Selbstbestimmung von Sexarbeiter:innen respektiert, ihre Sicherheit
10 verbessert und die öffentliche Ordnung mit verhältnismäßigen Mitteln schützt. Die
11 jungen Liberalen fordern:

12 1. Abschaffung von Sperrbezirken

13 Alle bestehenden Sperrbezirksregelungen für Sexarbeit sollen aufgehoben werden.

14 2. Eng begrenzte Ausnahmen

15 Einschränkungen der Berufsausübung sind nur in direkter Nähe zu sensiblen
16 Einrichtungen wie Kindergärten, Grundschulen, Frauenhäusern und vergleichbaren Orten
17 zulässig.

18 3. Schutz statt Verdrängung

19 Statt Verboten sollen Kommunen sichere Arbeitsorte ermöglichen, an denen
20 Sexarbeiter:innen Zugang zu Polizei, Gesundheits- und Beratungsdiensten haben.

21 4. Rechtsstaatliche Überprüfung

22 Alle Einschränkungen müssen regelmäßig auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüft werden
23 und wissenschaftlich belegt sein.

24 5. Fokus auf Ausbeutung und Menschenhandel

25 Polizeiliche Ressourcen sollen auf die Bekämpfung von Zwangsprostitution und
26 Menschenhandel konzentriert werden, nicht auf die Schikane legal arbeitender
27 Sexarbeiter:innen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 404: Wir Schöffen das - Schöffen ins 21. Jahrhundert bringen

Laufende Nummer: 425

Antragsteller*in:	LV Sachsen (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen, Sport und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Neben den hauptamtlichen Berufsrichtern gibt es in der Justiz die Schöffen und
- 2 Jugendschöffen, die diese Tätigkeit gleichberechtigt ausüben. Sie sind ein wichtiges
- 3 Element der deutschen Gerichtsbarkeit und bringen die Perspektive der Bürger in das
- 4 Justizsystem ein.
- 5 Aktuell leidet Deutschland unter dem leider seit langem bekannten Problem des
- 6 Schöffenmangels. Währenddessen das Schöffenamt für die unbescholtenen Bürgerinnen und
- 7 Bürger dieses Landes allerdings eine ehrenhafte Aufgabe darstellt, so gibt es
- 8 insbesondere in rechtsextremen Gruppierungen Bestrebungen, durch gezielte
- 9 Bewerbungsfluten die Schöffenenpositionen für unlautere Ziele zu missbrauchen und die
- 10 Justiz so zu unterwandern.
- 11 Wir Junge Liberale machen uns stark für dieses verantwortungsvolle Ehrenamt, welches
- 12 als Bindeglied zwischen Staat und Bürger die Volkssouveränität als Ersatz zu
- 13 Geschworenengerichten gewährleistet.
- 14 Konkret fordern wir:
- 15 • Die Senkung des Berufsmindestalters für Schöffen und Jugendschöffen nach § 33
- 16 Nr. 1 GVG von derzeit 25 Jahre auf 21 Jahre.
- 17 • Die Dauer der Amtsperiode in §§ 36, 40, 42 GVG von derzeit 5 auf 3 Jahre zu
- 18 senken.
- 19 • Eine verpflichtende Einführungsveranstaltung für alle Berufenen vor der ersten
- 20 Verhandlung.
- 21 • Angesichts möglicher Gefahren durch extremistische Unterwanderung eine
- 22 Überprüfung der Bewerber auf potenziell verfassungsfeindliche Bestrebungen. Die
- 23 Kommunen sollen dabei angehalten werden, bei stichhaltigen Indizien und Bedenken
- 24 Anfragen an die jeweiligen Landesämter für Verfassungsschutz oder andere
- 25 geeignete Institutionen zu stellen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 405: "Wer nicht?" statt Wehrpflicht

Laufende Nummer: 429

Antragsteller*in:	LV Sachsen-Anhalt (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen, Sport und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern die vollständige Abschaffung der Wehrpflicht und des
- 2 Wehrpflichtgesetzes (WPfG) in Deutschland.
- 3 Wir lehnen jegliche Form von Wehrpflicht, sozialem Pflichtdienst oder anderen
- 4 Pflichtdiensten in Deutschland ab.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 406: ABM-Posten in der Bundesregierung abschaffen!

Laufende Nummer: 431

Antragsteller*in:	LV Sachsen-Anhalt (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen, Sport und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt fordern die Reduzierung der Posten der
- 2 Parlamentarischen Staatssekretäre (PStS) in der Bundesregierung auf einen
- 3 Parlamentarischen Staatssekretär pro Ministerium. Die restlichen Posten sind
- 4 ersatzlos zu streichen. Weiterhin fordern die Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt die
- 5 Streichung aller Posten für Staatssekretäre (StS) des Bundes.

Begründung

Die finanzielle Situation des Bundes ist weiterhin angespannt, da der Staat bekanntlich kein Einnahmenproblem hat, sondern ein Ausgabenproblem, muss der Staat Ausgaben reduzieren, insbesondere muss er bei sich sparen. Die Reduzierung der Staatssekretärsposten ist dafür ein Beitrag. Das Einsparpotential liegt dabei bei mindestens 938147,39 € pro Monat.

Antrag 407: NGOs entstaatlichen!

Laufende Nummer: 433

Antragsteller*in:	LV Berlin (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen, Sport und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 NGOs entstaatlichen!
- 2 Die Debatten um durch Bundesmittel unterstützte zivilgesellschaftliche Akteure
- 3 wie „Omas gegen rechts“, die offen zu parteipolitischen Demonstrationen aufrufen,
- 4 zeigt: wenn die Regierung entscheidet, wer gefördert wird, droht die Missachtung des
- 5 Gebots staatlicher Neutralität. Ein solches Vorgehen untergräbt das Vertrauen in die
- 6 Unparteilichkeit staatlichen Handelns, gefährdet die Chancengleichheit der
- 7 Parteien und befeuert den Vorwurf der Vetternwirtschaft innerhalb des etablierten
- 8 Parteienspektrums.
- 9 Nichtregierungsorganisation, die einen wesentlichen Teil ihrer Finanzierung aus
- 10 staatlichen Mitteln begründen, darf es nicht geben. Entsprechende
- 11 Förderungen müssen daher ersatzlos eingestellt werden.
- 12 Statt staatlicher Bevormundung setzen wir auf die Entscheidungskraft der Bürger:
- 13 Spenden an zivilgesellschaftliche Organisationen sollen bis zu einem festgelegten
- 14 Freibetrag zu 100 % steuerlich absetzbar sein. Damit wird das Förderprinzip vom
- 15 Staat auf die Zivilgesellschaft übertragen – dezentral, pluralistisch
- 16 und eigenverantwortlich. Jeder kann selbst entscheiden, welche Organisation er
- 17 für unterstützenswert hält. So stärken wir die Spendenkultur, schaffen
- 18 faire Wettbewerbsbedingungen und entpolitisieren die Mittelvergabe.
- 19
- 20 Einen anderen Umgang bedarf es auch im Hinblick auf die Förderungen der politischen
- 21 Stiftungen. Diese haben sich zwar als Institute zur Nachwuchsförderung für die
- 22 politischen Parteien bewährt, erfüllen damit aber keinen Zweck, der eine staatliche
- 23 Förderung begründen kann. Die Förderung politischer, parteinaher Stiftungen muss
- 24 daher eingestellt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 408: Wir sind die Meinungsfreiheit-Ultras!

Laufende Nummer: 439

Antragsteller*in:	KV Rheinhessen-Mainz (LV Rheinland-Pfalz)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen, Sport und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Die **Jungen Liberalen** stehen für eine offene, pluralistische Gesellschaft, in der
2 Meinungsfreiheit nicht nur ein Grundrecht, sondern eine gelebte Haltung ist. Doch in
3 einer Zeit, in der Debattenkultur zunehmend von Polarisierung, Cancel Culture und
4 staatlicher Regulierung bedroht wird, müssen wir uns klar positionieren: **Wir sind die**
5 **Meinungsfreiheits-Ultras!**

6 Meinungsfreiheit ist kein Verhandlungsgegenstand, sie ist die Grundlage jeder
7 demokratischen Auseinandersetzung. Sie schützt nicht nur beliebte, sondern gerade
8 auch unbequeme, provokante und Minderheitenmeinungen. Als Liberale verteidigen wir
9 dieses Recht kompromisslos. Wir sind gegen staatliche Zensur, gegen gesellschaftliche
10 Ausgrenzung und gegen jeden Versuch, den öffentlichen Diskurs einzuengen.

11 **Streichung der härtesten Meinungsstraftatbestände**

12 Wir setzen uns dafür ein, dass Kritik und abweichende Meinungen nicht kriminalisiert
13 werden, sondern in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft diskutiert werden
14 können.

15 Deshalb fordern wir die Streichung von Paragraphen, die Äußerungen gegen bestimmte
16 Gruppen besonders einschränken, wie

- 17 • § 90-90c StGB (Verunglimpfung des Bundespräsidenten, des Staates und seiner
18 Symbole, von Verfassungsorganen, von Symbolen der Europäischen Union),
- 19 • § 104 StGB (Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten),
- 20 • § 166-167 StGB (Blasphemieparagraph),
- 21 • § 188 StGB (Politikerbeleidigung),
- 22 • § 189 StGB (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener).

23 Wir fordern außerdem eine Reform von § 131 StGB (Gewaltdarstellungen), damit sich die
24 Strafbarkeit von Gewaltdarstellungen auf den Schutz von Kindern und Jugendlichen
25 beschränkt. Solche Inhalte sollten veröffentlicht werden dürfen, solange sie nicht
26 gezielt Minderjährigen angeboten oder zugänglich gemacht werden.

27 Im Gegensatz zu einigen anderen Ländern sind Beleidigungen in Deutschland gemäß § 185
28 StGB strafbar. Wir betrachten diesen Eingriff in die Meinungsfreiheit als
29 unverhältnismäßig. **Deshalb fordern wir die Entkriminalisierung von Beleidigungen.**

30 **Anonymität im Netz garantieren**

31 Das Internet ist als Plattform offen für alle Arten von Meinungen und Äußerungen.
32 Entsprechend mehren sich die Rufe nach Regulierungen, um die Meinungsfreiheit im

71. Bundeskongress der Jungen Liberalen
Neckar Forum, Ebershaldenstraße 12, 73728 Esslingen am Neckar , 19.9.2025 -

- 33 Internet einzuschränken. Diese Entwicklung sehen wir kritisch, weshalb wir fordern:
- 34 **Verbot der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung.** Die pauschale Speicherung von
35 Verbindungs- und Standortdaten ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in das Grundrecht
36 auf Privatsphäre. Wir fordern ein klares Verbot dieser Praxis.
- 37 **Ablehnung von „Chatkontrolle“ und Massenüberwachung.** Die geplante EU-Chatkontrolle
38 bedeutet eine pauschale Überwachung privater Kommunikation ohne konkreten Verdacht
39 und widerspricht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Wir lehnen solche Maßnahmen
40 ab und fordern den Schutz der Vertraulichkeit digitaler Kommunikation.
- 41 **Streichung der Uploadfilter-Gesetze.** Diese Gesetze machen aus privaten Plattformen
42 Richter über „zulässige“ Meinungen und führen zu präventiver Selbstzensur. Wir
43 fordern ihre Abschaffung und den Ersatz durch gezielte rechtsstaatliche Maßnahmen,
44 die nur bei konkreten Rechtsverstößen greifen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 501: Zukunft sichern: Reform der Vereinten Nationen

Laufende Nummer: 421

Antragsteller*in:	LV Bayern (Landesverbände), BAK Europa, Internationales und Verteidigung (BAKs)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	5 - Europa und Internationales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Die Jungen Liberalen erkennen die Bedeutung der Vereinten Nationen als globales
2 Forum und Organisation zur Wahrung des Weltfriedens und der
3 internationalen Sicherheit, der sich nahezu alle Staaten als Mitglieder freiwillig
4 angeschlossen haben. Trotz der herausragenden Bedeutung der Vereinten Nationen hat
5 die Organisation auch Schwächen, weswegen wir Strukturreformen als unausweichlich
6 ansehen, um die Funktionsfähigkeit der Vereinten Nationen zu verbessern und sie an
7 die sich wandelnden globalen Realitäten anzupassen.

8 Die Jungen Liberalen begrüßen, dass es Reformbemühungen mittels dem im September
9 2024 verabschiedeten sog. Zukunftspakt der Vereinten Nationen gibt, aber halten diese
10 angesichts der vielen (strukturellen) Herausforderungen für nicht ausreichend. Wir
11 fordern zudem eine klare Positionierung der Vereinten Nationen zu Rechtsstaatlichkeit
12 und Menschenrechten.

13 1. Stärkung des Internationalen Gerichtshofs

14 Das Ziel der Vereinten Nationen muss es sein, dafür zu sorgen, dass
15 die Rechtsstaatlichkeit schwerer wiegt als das Recht des Stärkeren. Dazu braucht
16 es unabhängige und unparteiische Gerichte, die in
17 zwischenstaatlichen völkerrechtlichen Streitfällen für alle Parteien
18 verbindliche und verhältnismäßige Urteile treffen können. Von besonderer
19 Bedeutung ist deshalb der Internationale Gerichtshof (IGH). Aktuell ist der IGH
20 nur befugt, über eine Rechtsstreitigkeit zu entscheiden, wenn und soweit die
21 Parteien seine Zuständigkeit anerkennen. Dies beeinträchtigt die
22 Durchsetzungsfähigkeit des Völkerrechts. Deshalb fordern wir langfristig eine
23 Reform der Charta der Vereinten Nationen, sodass der IGH zukünftig auch ohne
24 vorherige Unterwerfungserklärung der Parteien zuständig ist und über alle
25 Aspekte einer Rechtsstreitigkeit eine für alle Streitparteien verbindliche
26 Entscheidung treffen kann. Kurz- und mittelfristig fordern wir die Förderung
27 freiwilliger Unterwerfungserklärungen gemäß Art. 36 Abs. 2 UN-Charta durch
28 gezielte Anreize wie die Verknüpfung mit Entwicklungszusammenarbeit oder
29 wirtschaftlichen Partnerschaften. Des Weiteren könnte kurz- und mittelfristig
30 die Zuständigkeit des IGH für vordefinierte Rechtsstreitigkeiten in Abkommen und
31 multilateralen Verträgen geregelt werden. Die Zuständigkeit entfällt nur für
32 Streitigkeiten aus Verträgen, für welche die Zuständigkeit des IGH
33 ausgeschlossen ist und stattdessen ein Streitschlichtungsmechanismus geschaffen
34 wurde. Zudem sollte, wenn die Zulässigkeit mancher Vorbehalte umstritten ist,
35 die Reichweite seiner Unterwerfung bzw. die Zulässigkeit von Vorbehalten aus
36 Gründen der staatlichen Souveränität weiterhin möglich sein. Insbesondere

37 sollten die Verhältnismäßigkeit und der Anti-Diskriminierungsgrundsatz gewahrt
38 bleiben. Des Weiteren sollten zwischenstaatliche Organisationen, soweit sie mit
39 eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet sind, auch vor dem IGH klagen und
40 verklagt werden können.

41 **2. Reform des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen**

42 Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist international das einzige
43 Organ, welches das Völkerrecht mit global verbindlichen Zwangsmaßnahmen
44 durchsetzen und so einen entscheidenden Beitrag zum Weltfrieden und zur Achtung
45 der Menschenrechte leisten könnte. Leider ist der Sicherheitsrat der
46 Vereinten Nationen aufgrund des Vetorechts massiv in seinen Handlungen
47 eingeschränkt, weswegen wir die Abschaffung des derzeit existierenden Vetorechts
48 fordern. Alle Beschlüsse des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen müssen zudem
49 vor dem IGH auf ihre Vereinbarkeit mit der Charta der Vereinten Nationen
50 überprüft werden können, wenn dies von einem Mitgliedstaat der Vereinten
51 Nationen gefordert wird. Zudem fordern die Jungen Liberalen Bayern eine Anpassung
52 der Zusammensetzung des Sicherheitsrats an die aktuellen geopolitischen
53 Realitäten hin zu einer adäquaten globalen Repräsentation. Dabei sollten Indien,
54 ein afrikanischer Staat sowie ein lateinamerikanischer Staat einen ständigen
55 Sitz erhalten. Wir fordern zudem die Schaffung nichtständiger Sitze mit längerer
56 Amtszeit und es soll eine Wiederwahlmöglichkeit gegeben werden.

57 **3. Stärkung des Internationalen Menschenrechtsschutzes und Reform 58 des Menschenrats der Vereinten Nationen**

59 Die Jungen Liberalen fordern die Aufnahme der Allgemeinen Erklärung
60 der Menschenrechte (AEMR) in die Charta der Vereinten Nationen. Zudem fordern
61 wir die Schaffung eines Internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte (IGMR),
62 vor dem natürliche und juristische Personen sowie Staaten und
63 zwischenstaatliche Organisationen mit eigener Rechtspersönlichkeit, wegen einer
64 Verletzung der Menschenrechte, klagen können. Zudem kann neben der AEMR der IGMR
65 auch über die Einhaltung weiterer Menschenrechtskonventionen wie der UN-
66 Zivilpakt, UN-Frauenrechtskonvention, UN-Behindertenrechtskonvention, UN-
67 Kinderrechtskonvention, Genfer Flüchtlingskonvention, UN-
68 Rassendiskriminierungskonvention, UN-Antifolterkonvention, wachen. Bis
69 zur Schaffung des IGMR soll der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen
70 als Instrument des internationalen Menschenrechtsschutzes dienen. Die
71 Zuständigkeit des IGMR müsste zudem mit bestehenden regionalen
72 Menschenrechtsschutzmechanismen wie dem Europäischen Gerichtshof für
73 Menschenrechte abgestimmt werden. Die Jungen Liberalen fordern auch die Reform
74 des Menschenrats der Vereinten Nationen. Die Wahl in den Menschenrechtsrat
75 soll eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit der Generalversammlung erfordern, um die Legitimität zu
76 stärken. Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen soll die unangemessene und
77 einseitige Fokussierung auf den israelisch-palästinensischen Konflikt und
78 die ungerechtfertigte, oftmals antisemitisch motivierte Verurteilung
79 Israels beenden. Die Jungen Liberalen bekennen sich zur
80 Schutzverantwortung (Responsibility to Protect), demnach jeder Staat die
81 Verpflichtung trifft, schwere Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden. Ist ein
82 Staat nicht in der Lage diese Verpflichtung zu erfüllen oder ist er selbst
83 verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen, geht diese Pflicht auf

84 die internationale Gemeinschaft über. Dann sind als ultima ratio humanitäre
85 Interventionen gerechtfertigt, um die Achtung der Menschenrechte
86 sicherzustellen. Das Prinzip der Schutzverantwortung soll in der Charta der
87 Vereinten Nationen verankert werden. Zudem sollen Mechanismen eingeführt werden,
88 um Staaten mit fragwürdigen Menschenrechtspraktiken bzw. Staaten, die
89 nachgewiesenen Menschenrechtsverletzungen begehen, entweder von der Mitgliedschaft
90 im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen oder von dessen Ratsbüro
91 ausgeschlossen werden.

92 **4. Reform der Generalversammlung**

93 Die Jungen Liberalen fordern eine höhere (politische und
94 moralische) Verbindlichkeit für Beschlüsse der Generalversammlung der Vereinten
95 Nationen. Dabei soll die Generalversammlung im Falle der Selbstblockierung
96 des Sicherheitsrats auch Verantwortung im Sinne der Resolution von 1950 "Uniting
97 for Peace" für Weltfrieden und internationale Sicherheit übernehmen.

98 **5. Rechenschaftsmechanismen für Referate der Vereinten Nationen**

99 Um Korruption, Intransparenz und Ineffizienz zu vermeiden, fordern
100 wir, insbesondere bei der Mittelverwendung, die Einführung
101 von Rechenschaftsmechanismen. Zudem sollen die Ethikregeln gestärkt werden,
102 um stärkere Maßnahmen gegen Missmanagement und Machtmissbrauch zu haben.

103 **6. Reformen der Friedensmissionen der Vereinten Nationen**

104 Die Jungen Liberalen fordern Reformen der Friedensmissionen der
105 Vereinten Nationen, um die Effektivität und Legitimität zu steigern. Dabei
106 fordern wir zum einen klare, spezifische und realistische Mandatierung von
107 Einsatzziele, um die Erfolgskontrolle zu erleichtern, sowie eine zeitliche
108 Begrenzung und regelmäßige Überprüfungen, um Anpassungen an veränderte
109 Situationen zu ermöglichen. Des Weiteren fordern wir eine Verbesserung der
110 Einsatzbedingungen durch bessere Ausstattung und Schulung der Blauhelme, um
111 Anforderungen moderner Konfliktszenarien gerecht zu werden. Außerdem eine
112 möglichst adäquate Repräsentation der Bevölkerung mit einem entsprechenden
113 Anteil an Frauen unter den Blauhelmsoldaten, da dies die
114 Erfolgswahrscheinlichkeiten der Missionen stärkt. Zudem soll der Schutz der
115 Zivilbevölkerung als zentrales Element in den Mandaten dienen und durch
116 entsprechende Ressourcen unterstützt werden. Es soll auch regelmäßige und
117 transparente Berichte über den Fortschritt der Missionen geben, um das Vertrauen
118 der internationalen Gemeinschaft und der betroffenen Bevölkerung zu stärken.
119 Dabei können externe Bewertungen der Missionen hilfreich sein, um objektive
120 Analysen und Verbesserungen zu ermöglichen. Langfristig kann die verstärkte
121 Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren, also der Aufbau von lokalen
122 Sicherheitsstrukturen, als nachhaltige Lösung für Stabilität dienen. Als letztes
123 Mittel fordern wir die Ermöglichung des Einsatzes von Kampftruppen,
124 um territoriale Integrität ihrer Mitgliedstaaten und den Erhalt der
125 Menschenrechte zu gewährleisten.

126 **7. Einbindung Kosovo, Taiwan, Hongkong und Tibet**

127 Wir Junge Liberale bekennen uns klar zur Unabhängigkeit des Kosovos, Hongkongs,
128 Taiwans und Tibets. Wir fordern die Einbindung in internationale Organisationen
129 und insbesondere auch die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen.

- 130 **8. Beendigung der ungerechtfertigten, oftmals antisemitisch**
131 **motivierten Verurteilung Israels innerhalb der Vereinten Nationen**
132 Die Jungen Liberalen verurteilen zutiefst die antisemitische Haltung großer
133 Teile der Staatengemeinschaft. Die Vereinten Nationen haben ein
134 massives institutionelles Antisemitismus Problem. Deutschland und die EU-
135 Mitgliedstaaten müssen antisemitische und antizionistische Resolutionen in
136 der Generalversammlung der Vereinten Nationen sowie Urteile des IGH und
137 IStGH konsequent ablehnen. Zudem fordern wir eine unparteiische, unabhängige
138 und verhältnismäßige Behandlung des Staates Israels innerhalb der
139 Vereinten Nationen, des IGH sowie des IStGH.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 502: Demokratien halten zusammen. Eine Deutsch-Indische Zukunftsagenda.

Laufende Nummer: 438

Antragsteller*in:	BAK Europa, Internationales und Verteidigung (BAKs), LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	5 - Europa und Internationales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Deutschland und Europa müssen ihre außen- und sicherheitspolitische
- 2 Handlungsfähigkeit in einer multipolaren Welt sichern. Indien ist die größte
- 3 Demokratie der Welt, eine dynamisch wachsende Volkswirtschaft und zentraler Akteur im
- 4 Indo-Pazifik. Vor diesem Hintergrund ist es im deutschen und europäischen Interesse,
- 5 die strategische Partnerschaft mit Indien deutlich zu vertiefen. Bisherige
- 6 Kooperationen zeigen, dass gezielter Austausch in Wirtschaft, Technologie und Bildung
- 7 zu messbaren Erfolgen führt und Vertrauen aufbaut.
- 8 Wir Junge Liberale fordern daher:
- 9 1. Handel und Wirtschaft

10

Die Bundesregierung muss sich aktiv für einen schnellen Abschluss des EU-Indien-

11

Freihandelsabkommens einsetzen, um den bilateralen Handel umfassend zu vertiefen,

12

Hindernisse für Investitionen abzubauen und faire Standards bei kritischen Rohstoffen

13

und Agrarprodukten zu gewährleisten. Die Sicherheit gemeinsamer Handelswege soll

14

garantiert und, falls erforderlich, militärisch abgesichert werden.

- 15 2. Sicherheit und Verteidigung

16

Deutschland soll Verhandlungen über eine sicherheitspolitische Kooperation zwischen

17

den E12-Staaten und Indien unterstützen. Perspektivisch soll Indien im Hinblick auf

18

Waffenexporte wie ein NATO-Partner behandelt werden. Voraussetzung für eine solche

19

Partnerschaft ist, dass Indien keine Rüstungsgüter nach Russland liefert oder von

20

dort bezieht. Ziel ist zudem die Sicherung maritimer Stabilität im Indischen Ozean

21

und Indo-Pazifik, für die Deutschland – sofern von indischer Seite gewünscht –

22

finanzielle und militärische Ressourcen zur Verfügung stellt.

23 3. Internationale Zusammenarbeit

24

Deutschland soll sich dafür einsetzen, die G7 um Indien zu einer G8 zu erweitern.

25

Zudem soll das G4-Format mit Deutschland, Indien, Brasilien und Japan gestärkt

26

werden. In internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der WTO und auf

27

Klimakonferenzen soll eine engere Koordinierung mit Indien erfolgen. Eine gemeinsame

28

Afrika-Strategie der EU und Indiens soll nachhaltige Entwicklung, Infrastruktur- und

29

Bildungsprojekte fördern und dem wachsenden Einfluss von China und Russland

30

entgegenwirken. Überdies soll die Zusammenarbeit in der Raumfahrt intensiviert

31

werden, z. B. durch gemeinsame Forschungsprojekte und Missionen.

32 4. Klima, Energie, Technologie und Fachkräfte

33 Deutschland soll eine marktwirtschaftlich organisierte Energiepartnerschaft mit

34 Indien vorantreiben: Wir unterstützen EU-Indien-Wasserstoffkorridore und

35 wettbewerbliche Importauktionen, erleichtern private Investitionen in erneuerbare

36 Erzeugung, Netze und Speicher und schaffen compatible Standards. Über den EU-Indien-

37 TTC bündeln wir Projekte zu KI, Halbleitern, 6G und Cybersicherheit und harmonisieren

38 Rahmenbedingungen (u. a. EU-KI-Verordnung, Datenschutz). Beim Aufbau eines nationalen

39 Emissionshandels in Indien leisten wir technische Hilfe zu MRV, Governance und

40 Marktdesign. Zur Versorgungssicherheit schließen EU und Indien eine Rohstoff-
41 Partnerschaft mit hohen ESG-Standards, fördern nachhaltige Gewinnung und Verarbeitung
42 in Indien und diversifizieren strategische Lieferketten. Für dringend benötigte
43 Fachkräfte vereinfachen wir Qualifizierungs-, Anerkennungs- und Visa-Verfahren (u. a.
44 Blue Card, Chancenkarte, Schengen-Mehrjahresvisa) und schaffen beschleunigte Pfade in
45 Mangelberufen."

46 5. Gesellschaft, Kultur und Bildung

47 Deutschland soll die zivilgesellschaftliche und kulturelle Vernetzung mit Indien
48 deutlich vertiefen: Wir fördern neue und bestehende Städtepartnerschaften gezielt in
49 kommunalen Schwerpunkten wie Klimaresilienz, Abfall- und Wasserwirtschaft sowie
50 Verwaltungsmodernisierung und stellen hierfür verlässliche Förderlinien bereit.
51 Hochschulkooperationen und akademischer Austausch werden ausgeweitet (u. a.
52 IGCS/IGSTC, DAAD-Programme, Joint/Dual Degrees), der Hindi-Unterricht an deutschen
53 Universitäten durch Gastprofessuren und Kursausbau gestärkt. Nach dem Vorbild „New
54 Kibbutz“ etablieren wir ein bilaterales Azubi-Austauschprogramm mit Einsätzen in
55 indischen Betrieben. Den parlamentarischen Dialog heben wir durch eine Deutsch-
56 Indische Parlamentarische Versammlung auf eine neue Stufe. Kooperationsformate wie
57 der Indo-German Digital Dialogue werden für Kultur-, Bildungs- und Kommunalthemen
58 geöffnet und mit Akteuren aus Städten, Hochschulen und Zivilgesellschaft verknüpft.

59 6. Werte und Standards

60 Deutschland soll die bilaterale Zusammenarbeit auf die Prinzipien der
61 Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, Good Governance und den Schutz grundlegender
62 Menschenrechte ausrichten. Ziel ist es, gemeinsame Standards in Verwaltung,
63 Rechtswesen und Governance-Prozessen zu fördern und bewährte Praktiken zwischen
64 beiden Staaten auszutauschen, um langfristig effiziente und stabile Strukturen
65 aufzubauen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Co-Antragssteller: JuLis-BaWü

Antrag 503: Entbürokratisierung der Bundeswehrbeschaffung

Laufende Nummer: 440

Antragsteller*in:	LV Rheinland-Pfalz (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	5 - Europa und Internationales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Wer bereit ist, unsere Demokratie und unser Land im Ernstfall mit seinem Leben zu
2 verteidigen, verdient beste Ausrüstung und Arbeitsbedingungen. Unsere Freiheit ist
3 keine Selbstverständlichkeit. Sie wird bereits heute durch Cyberangriffe und äußere
4 Bedrohungen ins Visier genommen. Ein handlungsfähiger Staat braucht eine
5 einsatzbereite Bundeswehr und eine unbürokratische Bundeswehrbeschaffung

6

7 **Verteidigungsindustrie stärken – strategische Produktionskapazitäten ausbauen**

8 Um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und seiner Partner zu stärken, muss die
9 Bundesregierung die industrielle Produktion sicherheitsrelevanter Güter, insbesondere
10 moderner Verteidigungssysteme, deutlich ausweiten. Eine leistungsfähige
11 Rüstungsindustrie ist Grundvoraussetzung dafür, dass die Bundeswehr einsatzbereit ist
12 und auch unsere europäischen und transatlantischen Partner zuverlässig unterstützt
13 werden können. Der Export von Rüstungsgütern an verbündete Staaten trägt nicht nur
14 zur kollektiven Sicherheit bei, sondern stärkt auch Deutschlands und Europas
15 Wirtschaft und geopolitischen Handlungsspielraum und die Durchsetzungsfähigkeit
16 unserer Interessen und Werte in einer zunehmend instabilen Weltordnung. Um eine
17 verlässliche und planbare industrielle Produktion sicherheitsrelevanter Güter zu
18 ermöglichen, braucht es effizientere und transparenter strukturierte
19 Genehmigungsverfahren. Ziel muss es sein, politische und rechtliche Prüfkriterien
20 klar zu definieren, Entscheidungswege zu verkürzen und die interministerielle
21 Zusammenarbeit zu verbessern – ohne dabei auf sicherheitspolitische und
22 menschenrechtliche Standards zu verzichten.

23

24 **Europäische Rüstungsbeschaffung und Produktion**

25 Eine eng abgestimmte europäische Rüstungsbeschaffung ist entscheidend, um Effizienz,
26 Interoperabilität und strategische Unabhängigkeit innerhalb Europas zu stärken. Statt
27 dass jedes Land eigene, parallele Strukturen und Systeme entwickelt, sollten sich
28 europäische Partner auf gemeinsame Standards und arbeitsteilige
29 Produktionsschwerpunkte verständigen. Ein zentraler Schritt dabei ist die Reduzierung
30 der Vielzahl unterschiedlicher europäischer Waffensysteme. Während die US-Armee auf
31 eine begrenzte Zahl standardisierter Großsysteme setzt, existieren in den
32 verschiedenen europäischen Armeen derzeit zahlreiche Varianten ähnlicher Waffentypen
33 parallel. Eine europaweit abgestimmte Konsolidierung der Rüstungsgüter würde nicht
34 nur Interoperabilität im Einsatz erhöhen, sondern auch erhebliche Einsparungen bei
35 Wartung, Ausbildung und Logistik ermöglichen. Voraussetzung dafür ist jedoch die

71. Bundeskongress der Jungen Liberalen

Neckar Forum, Ebershaldenstraße 12, 73728 Esslingen am Neckar , 19.9.2025 -

36 Bereitschaft zu nationalen Zugeständnissen und eine deutliche Reduktion
37 bürokratischer Hürden auf europäischer Ebene – für eine schlagkräftige, gemeinsame
38 Sicherheitsarchitektur.

39

40 **25-Millionen-Vorlage abschaffen**

41 Bei allen Bundeswehr-Beschaffungen, die teurer als 25 Millionen Euro sind, muss der
42 Haushaltsausschuss des Bundestages vorab zustimmen. Das führt zu einem hohen
43 bürokratischen Aufwand, bindet Kapazitäten in der parlamentarischen Arbeit und
44 verzögert dringend benötigte Beschaffungen für die Bundeswehr. Die Schwelle wurde
45 seit ihrer Einführung nicht an die Inflation angepasst und ist in dieser Form
46 einmalig. Für eine handlungsfähige Verteidigung braucht es effizientere Verfahren und
47 mehr Vertrauen in die Fachressorts.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 701: Führerschein bezahlbar machen

Laufende Nummer: 422

Antragsteller*in:	LV Bayern (Landesverbände), LV Hessen (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Wir Junge Liberale setzen uns dafür ein, dass der Führerschein günstiger wird, indem
- 2 1. die verpflichtenden theoretischen Unterrichtsstunden entfallen,
- 3 2. die staatlichen Theorie- und Praxisprüfungen unverändert beibehalten werden, die
- 4 Theorieprüfung dabei online stattfinden kann,
- 5 3. Fahrschülerinnen und Fahrschüler sich zusätzlich, zu mindestens 3 Praxisstunden
- 6 (Überland-, Autobahn- und Nachtfahrt), selbstständig – bspw. auf Testgeländen
- 7 nach eigenem Ermessen – auf die Prüfungen vorbereiten dürfen.
- 8 4. die Hälfte der Fahrstunden am Simulator stattfinden können sollen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antragssteller: LV Bayern, LV Hessen

Antrag 702: Freie Fahrt für die nächste Generation

Laufende Nummer: 426

Antragsteller*in:	LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände), LV Bayern (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Die Jungen Liberalen erkennen den dringenden Bedarf für Reformen beim Führerschein
2 an. Wir sehen großen Handlungsbedarf beim **Aufbau der praktischen Ausbildung**, beim
3 **Wettbewerb auf dem Führerscheinmarkt** sowie bei der **Modernisierung und Neugestaltung**
4 **staatlicher Strukturen**.

5 **Wir fordern:**

6 **1. Reform der praktischen Ausbildung:**

- 7 • Die **praktische Ausbildung** soll sich **individuell an die jeweilige Fahrzeugklasse**
8 orientieren, sodass die Anlagen 2.2-2.8. zu §4 der Fahrerschüler-
9 Ausbildungsordnung in der praktischen Ausbildung berücksichtigt bleiben.
10 Insofern sind die Module drei bis zwölf der Anlage 1 zu §4 Fahrerschüler-
11 Ausbildungsordnung in diesem Ausbildungsteil unterzubringen. So wird eine
12 individuelle Ausbildung im Zusammenspiel mit der realen Umsetzung des Erlernten
13 gewährleistet.
- 14 • Wir wollen den Führerschein örtlich flexibilisieren und mehr Wettbewerb
15 ermöglichen. Er soll zukünftig an jedem beliebigen Ort in Deutschland,
16 unabhängig vom eigenen Wohnort, abgelegt werden können.
- 17 • Die Fahrerschüler-Ausbildungsordnung wird auf **Kompetenznachweise** statt starre
18 Stundenwerte ausgerichtet (Modulziele messbar, Dokumentation digital).
- 19 • **Alternative Antriebsarten** zum Verbrennungsmotor und ihre Besonderheiten sollen
20 im Hinblick auf das vermehrte Aufkommen von Autos mit solch alternativen
21 Antrieben stärker **im technischen Teil der Fahrausbildung** berücksichtigt werden.
- 22 • Eine Reform des §18 Abs. 2 für **den Prüfungszeitraum** des Prüfauftrages für den
23 Führerschein. Der vorläufige Prüfauftrag bleibt befristet auf 12 Monate bis zur
24 bestandenen theoretischen Prüfung. Mit Bestehen der theoretischen Prüfung wird
25 die **Frist für den Prüfauftrag der praktischen Prüfung auf 12 Monate**
26 **reinitialisiert**.

27 **2. Staatsmonopol auf dem Führerscheinmarkt beenden**

- 28 • Die Jungen Liberalen setzen sich für eine Änderung der Rechtslage ein, um eine
29 wettbewerbsorientierte und effiziente Regelung der Fahrerlaubnisprüfung zu
30 ermöglichen. Damit wollen wir sowohl den Betrieb von **mehr als einer technischen**
31 **Prüfstelle in einem Bundesland** erlauben, als auch den Prüfstellen **erlauben,**
32 **Gewinn zu erwirtschaften**.

33 **3. KBA-Akkreditierung, Aufsicht & Zentrales Prüfungsverstöße-Register**

71. Bundeskongress der Jungen Liberalen
Neckar Forum, Ebershaldenstraße 12, 73728 Esslingen am Neckar , 19.9.2025 -

- 34 • Der Bund schafft einen **KBA-Akkreditierungsrahmen** für zusätzliche
35 Prüforganisationen inkl. **bundeseinheitlicher Qualitätsstandards**, Audit-
36 /Sanktionsmechanik und **offener Termin-Schnittstellen (API)** für eine bundesweite
37 Buchungs-/Transparenzlösung.
- 38 • Zur Integrität der Prüfungen richtet das **KBA ein bundesweites Register** für
39 Täuschungsversuche und Sperrfristen ein; gewerbsmäßige Betrugshilfe wird
40 spezialgesetzlich sanktioniert.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 703: Naturschutz fern von Rotkäppchen: Für einen praxisnahen Umgang mit dem Wolf

Laufende Nummer: 427

Antragsteller*in:	LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Die Jungen Liberalen begrüßen die Rückkehr des Wolfes nach Deutschland und sehen eine
2 gesunde, stabile Population als Bereicherung der Fauna. Zugleich erfordert die
3 Situation in unseren Kulturlandschaften, geprägt von hoher Bevölkerungsdichte,
4 offener Landwirtschaft und begrenzte Fläche eine **gezielte Regulierung**. Der Wolf ist
5 in Deutschland **streng geschützt**; durch üppiges Nahrungsangebot auch außerhalb
6 natürlicher Lebensräume und fehlenden natürlichen Feinden wächst die Population
7 **stark**. Bestehende Schutzmaßnahmen (moderne Zäune, Herdenschutzhunde) verursachen
8 **steigende Kosten** und reichen vielerorts **nicht aus**; auch **Entschädigungen** nehmen zu.
9 Vor diesem Hintergrund setzen wir auf eine **rationale, naturschützende**
10 Herangehensweise mit klarer Rolle der **Jägerschaft**.

11 **Wir fordern:**

- 12 **1. Aufnahme des Wolfs in das Bundesjagdgesetz**, um rechtssichere, kontrollierte
13 Entnahmen zu ermöglichen.
- 14 **2. Zukünftig eine Regulierung der Bestände durch Bejagung im notwendigen Umfang**,
15 damit effektiver und vollumfänglicher Herdenschutz sowie der Schutz unserer
16 Natur und Kulturlandschaften gewährleistet werden.
- 17 **3. Hybriden-Management:** Bei Wolf-Hund-Hybriden ist für **kontrollierte Entnahmen** zu
18 sorgen, um die **Reinrassigkeit** der Wölfe sicherzustellen und der abnehmenden
19 natürlichen Scheu vorzubeugen.
- 20 **4. Orientierung am Aktionsplan des Aktionsbündnis Forum Natur (AFN)** sowie an
21 Maßnahmen Schwedens und anderer skandinavischer Länder bei der praktischen
22 Umsetzung.
- 23 **5. Beitrag der Länder:** Jedes Bundesland wahrt den **günstigen Erhaltungszustand** der
24 Wolfspopulation und legt zugleich eine **Bestandsgrenze** fest.
- 25 **6. Wildökologische Raumplanung mit Wolfsausschlussarealen** (z. B. in
26 Weidetiergebieten), **Managementarealen**, in denen der Wolf grundsätzlich toleriert
27 wird und **Schutzarealen**, in denen sich der Wolf frei entwickeln kann.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 704: „Helft“ euch ins Knie!

Laufende Nummer: 430

Antragsteller*in:	LV Sachsen-Anhalt (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern die vollständige Streichung aller finanziellen Mittel
- 2 des Bundes und untergeordneter Behörden an die „Deutsche Umwelthilfe“.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 801: Steuern sind Raub!

Laufende Nummer: 428

Antragsteller*in:	LV Sachsen-Anhalt (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen sprechen sich gegen jegliche, auch zukünftige, Steuererhöhung
- 2 jedweder Steuer sowie gegen die Neu- und Wiedereinführung von Steuern aus.
- 3 Weiterhin fordern die Jungen Liberalen:
 - 4 1. Die vollständige Abschaffung aller kommunaler Bagatellsteuern wie z.B. der
 - 5 • Vergnügungssteuer,
 - 6 • Hundesteuer,
 - 7 • Zweitwohnsitzsteuer,
 - 8 • Spielautomatensteuer,
 - 9 • Getränkesteuer,
 - 10 • Jagd- und Fischereisteuer,
 - 11 • Schankerlaubnissteuer,
 - 12 • Verpackungssteuer.
 - 13 2. Die vollständige Abschaffung aller Bagatell- und Lenkungssteuern auf Bundes- und
14 Landesebene, wie bspw. der
 - 15 • Kaffeesteuer,
 - 16 • Alkoholsteuer,
 - 17 • Tabaksteuer,
 - 18 • Schaumweinsteuer,
 - 19 • Zwischenerzeugnissteuer,
 - 20 • Rennwett- und Lotteriesteuer,
 - 21 • Feuerschutzsteuer,
 - 22 • Biersteuer.
 - 23 3. Die vollständige Abschaffung der Umsatzsteuer, insbesondere der Umsatzsteuer auf
24 alle Lebensmittel. Um dies zu realisieren, fordern wir zudem die Abschaffung der
25 Richtlinie 2006/112/EG (Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie) der Europäischen Union.
 - 26 4. Die vollständige Abschaffung der Erbschaftssteuer in Deutschland.
 - 27 5. Die vollständige Abschaffung der Schenkungssteuer in Deutschland.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 802: Weil Arbeitnehmer uns mehr wert sind – Mindestlohn abschaffen!

Laufende Nummer: 432

Antragsteller*in:	LV Sachsen-Anhalt (Landesverbände), KV Magdeburg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern die ersatzlose Abschaffung des gesetzlichen Mindestlohns
- 2 in allen Bereichen.
- 3 Zudem fordern wir die Abschaffung der EU-Mindestlohnrichtlinie (Richtlinie (EU)
- 4 2022/2041).
- 5 Ebenso wird von uns gefordert, die Mindestlohnkommission aufzulösen und die von
- 6 dieser empfohlene Erhöhung des Mindestlohns in Deutschland politisch-rechtlich nicht
- 7 umzusetzen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Mitantragssteller: KV Magdeburg

Antrag 803: Mehr Milei Zuhause – Enterprise Zones für Deutschland

Laufende Nummer: 441

Antragsteller*in:	BV Ostwestfalen-Lippe, BV Düsseldorf
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die wirtschaftliche Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war lange eine
- 2 Erfolgsgeschichte, doch diese Erzählung gerät zunehmend ins Wanken. In den letzten
- 3 Jahren haben immer mehr konkurrierende Staaten gezielt daran gearbeitet, uns unsere
- 4 wirtschaftliche Vormachtstellung streitig zu machen – mit wachsendem Erfolg.
- 5 Unternehmen verlagern Standorte ins Ausland, Investitionen stagnieren und die
- 6 Wettbewerbsfähigkeit schwindet.
- 7 Es ist eine Illusion zu glauben, dass Unternehmen automatisch in Deutschland bleiben
- 8 werden. Um international konkurrenzfähig zu bleiben, braucht es mutige Schritte.
- 9 Enterprise Zones können Kommunen die Möglichkeit geben, wirtschaftliche Impulse zu
- 10 setzen, Bürokratie abzubauen und Innovation zu fördern. Deutschland muss hierfür
- 11 einen bundesrechtlichen Rahmen schaffen.
- 12 Die Jungen Liberalen beschließen daher, sich auf Bundesebene für die Einführung von
- 13 Enterprise Zones (Sonderwirtschaftszonen nach britischem Vorbild) einzusetzen und
- 14 Kommunen die Möglichkeit zu geben, diese eigenständig und unbürokratisch einzuführen.
- 15 Diese Zonen sollen:
- 16 1. Unbürokratisch und schnell umsetzbar sein und steuerliche, rechtliche,
- 17 bürokratische sowie arbeitsrechtliche Hürden abbauen.
- 18 2. Wahlfreiheit bei der Gewerbesteuer gewähren, sodass Kommunen selbst über die Höhe
- 19 der Gewerbesteuer in diesen Zonen entscheiden können.
- 20 3. Verkauf von Infrastruktur an Unternehmen ermöglichen, um Eigenfinanzierung und
- 21 Effizienzsteigerung zu fördern.
- 22 4. Vereinfachte Genehmigungsverfahren innerhalb der Zonen sicherstellen, um
- 23 Investitionsstaus zu lösen.
- 24 5. Zusammenschlüsse von Sonderwirtschaftszonen erlauben, um wirtschaftlich
- 25 schlagkräftige Regionen zu schaffen.
- 26 6. Best-Practice-Beispiele für Arbeitsmarkt- und Bürokatierformen hervorbringen,
- 27 die bei Erfolg auf nationaler Ebene übernommen werden können. Die Enterprise Zones
- 28 sollen nicht nur als wirtschaftliche Motoren dienen, sondern auch als Labore
- 29 für Reformen im Arbeitsmarkt und im Bürokratieabbau. Die dort gewonnenen Erfahrungen
- 30 können als Vorbilder für eine bundesweite Modernisierung dienen.

Antrag 901: Aus Liebe zur Freiheit: Alles lässt sich ändern

Laufende Nummer: 436

Antragsteller*in:	LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Schleswig-Holstein (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände), LV Bayern (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	9 - Internes, FDP und Grundsätzliches
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 **Alles lässt sich ändern.** Diesem Anspruch, den wir an das Land und seine Politik
- 2 stellen, müssen auch wir als Partei gerecht werden.
- 3 Der organisierte Liberalismus in Deutschland befindet sich am Scheideweg. 2017 als
- 4 moderne Partei der Aufbruchsstimmung neu gestartet, erfolgt jetzt die Bruchlandung.
- 5 2021 als Bürgerrechtspartei während der Corona-Pandemie mit einem ganzheitlich
- 6 liberalen Profil zur Regierungsbeteiligung beauftragt, folgt bei der Bundestagswahl
- 7 am 23. Februar 2025 mit 4,33 Prozent das schlechteste Ergebnis der Parteigeschichte –
- 8 ein klares Wählervotum gegen eine FDP, der in keinem relevanten Politikfeld Kompetenz
- 9 und Vertrauen zugestanden wird.
- 10 Wie bereits 2013 bedarf es daher einer ausführlichen und ehrlichen Fehleranalyse
- 11 sowie personeller, struktureller und kommunikativer Konsequenzen. Im Fokus stehen das
- 12 Regierungshandeln der FDP in der „Fortschrittskoalition“ und der Bundestagswahlkampf
- 13 2025. Doch die Krise reicht tiefer: Die katastrophalen Ergebnisse bei Landtagswahlen
- 14 zeigen, dass der Liberalismus insgesamt unter Druck steht. **Die Jahre 2024/25 sind**
- 15 **dabei nicht der Ursprung, sondern der Höhepunkt einer jahrelangen Fehlerkette.**
- 16 Einzelne Fehlentscheidungen, die im politischen Tagesgeschäft oft unbemerkt blieben,
- 17 haben sich zu einer Dynamik entwickelt, die die FDP schließlich aus dem Bundestag
- 18 gefegt hat.
- 19 Besonders schmerzlich ist der Absturz bei Jung- und Erstwählern sowie das schwache
- 20 Abschneiden bei Junior- und U18-Wahlen. Angesichts dieser Entwicklungen ist eine
- 21 gemeinsame Kraftanstrengung der Partei erforderlich, die insbesondere uns als Junge
- 22 Liberale in die Verantwortung nimmt.
- 23 **Aus Liebe zur Freiheit** ist jetzt die Zeit gekommen, die FDP aus dem politischen
- 24 Abseits zurück in die Mitte aller deutschen Parlamente zu führen.

25

26 **1. Reformvorschläge für die FDP**

- 27 Start- und Fixpunkt aller Reformbemühungen der FDP ist zwangsläufig der Bundesverband
- 28 – er ist das Gesicht des Liberalismus für die breite Öffentlichkeit. Einzelne
- 29 Landesverbände kommen kaum gegen eine negative Grundstimmung des Bundesverbandes an.
- 30 Gleichzeitig braucht der Bundesverband erfolgreiche Wahlergebnisse einzelner
- 31 Landesverbände für das nötige Momentum bei der kommenden Bundestagswahl. Es muss also
- 32 das Anliegen aller freiheitsliebenden Menschen in Deutschland sein, für eine starke
- 33 FDP zu sorgen. Die FDP hat in jüngster Zeit zentrale Zielgruppen – insbesondere

34 Frauen, Ostdeutsche, Jüngere, Menschen mit Migrationshintergrund sowie moderne,
35 urbane und international orientierte Milieus – personell und inhaltlich
36 vernachlässigt. Ursachen sind eine ambivalente Positionierung bei
37 gesellschaftspolitischen Kernthemen, eine unzureichende Repräsentation dieser Gruppen
38 in Führungspositionen und ein Profil, das kaum mit deren Lebensrealitäten
39 übereinstimmt. Um breitere Wählerschichten anzusprechen, muss sich die FDP inhaltlich
40 öffnen und personell vielfältiger aufstellen. Sie muss wegkommen von einer
41 “Aufsichtsratsmentalität,” bei der parteiinterne Gremien vorrangig Stilnoten
42 verteilen, und eine “Geschäftsführermentalität” entwickeln, bei der gemeinsam und mit
43 unterschiedlichen Mitteln an der Stärke der FDP gearbeitet wird.

44 a) Strukturelle/personelle Reformvorschläge

- 45 • **Trennung von Partei- und Regierungsamt:** Sofern künftige Bundesvorsitzende oder
46 Generalsekretäre als Minister oder Staatssekretäre in die Bundesregierung
47 eintreten, so müssen sie spätestens beim nächsten ordentlichen Bundesparteitag
48 zurücktreten und die entsprechenden Posten neu gewählt werden.
- 49 • **Trennung von Parteivorsitz und Fraktionsführung:** Parteivorsitz und
50 parlamentarische Führungsämter (Fraktionsvorsitz, stellv. Fraktionsvorsitz,
51 Parlamentarische Geschäftsführung) sollen personell getrennt werden – unabhängig
52 davon, ob die FDP regiert oder in der Opposition ist.
- 53 • **Einführung einer Doppelspitze:** Sowohl der Parteivorsitz als auch der
54 Fraktionsvorsitz sollen künftig auf Wunsch als Doppelspitze besetzt werden
55 können. Die Co-Vorsitzenden sollten **[OPTION: idealerweise**
56 **geschlechterparitätisch besetzt sein und]** aus unterschiedlichen Landesverbänden
57 stammen, dies ist jedoch keine Pflicht.
- 58 • **Vergüteter Parteivorsitz:** Ein erfolgreicher Parteivorsitz in
59 außerparlamentarischer Opposition kann nicht rein ehrenamtlich ausgeübt werden.
60 Um die FDP strategisch aufzustellen und konkurrenzfähig zu halten, sollte dieses
61 Amt – sofern nicht von hauptamtlichen Mandatsträgern besetzt – angemessen
62 vergütet werden. Nur so ist sichergestellt, dass die/der Vorsitzende über die
63 nötigen Ressourcen verfügt, um die Partei erfolgreich zu führen und für kommende
64 Wahlen konkurrenzfähig zu machen.
- 65 • **Personelle Neuaufstellung und Urwahl:** Die personelle Erneuerung der FDP muss
66 sichtbar und glaubwürdig sein. Die Partei muss sich vom Stil vergangener Jahre
67 lösen – Personenkult und One-Man-Show haben dem Liberalismus geschadet. Die
68 Zukunft der FDP liegt in einem starken, vielfältigen Team, das gemeinsam
69 Verantwortung übernimmt und unterschiedliche Perspektiven sichtbar macht. Wir
70 fordern, dass neue Gesichter unterschiedlichen Alters in die erste Reihe rücken.
71 Dafür braucht es nicht nur personelle Erneuerung, sondern auch strukturelle
72 Demokratisierung: Präsidium, Parteivorsitz und Bundesvorstand sollen künftig per
73 **Urwahl** durch die Mitglieder bestimmt werden. Das schafft Transparenz, stärkt das
74 Vertrauen der Basis und signalisiert echten Aufbruch.
- 75 • **Echtes Leistungsprinzip bei der Personalauswahl:** Ämter müssen nach Eignung,
76 Leistung und Persönlichkeit vergeben werden, nicht nach Geschlecht, Herkunft,
77 Proporz oder Statistik. Quoten und Paritätsvorgaben widersprechen unserem
78 liberalen Verständnis von Gerechtigkeit. Dass Frauen in Parteipositionen bislang

- 79 unterrepräsentiert sind, obwohl sie mehr als die Hälfte der Bevölkerung
80 ausmachen, ist dennoch ein klares Indiz dafür, dass das Prinzip der
81 Chancengerechtigkeit in diesem Bereich nicht vollumfänglich erfüllt ist. Deshalb
82 erkennen wir an, dass zur Wahrung des Leistungsprinzips Hürden für das
83 Engagement von Frauen abgebaut werden müssen.
- 84 • **Bundesvorstand verkleinern:** Der Bundesvorstand ist derzeit mit 47 Beisitzern
85 überdimensioniert. Statt eines übergroßen Gremiums mit diffuser
86 Aufgabenverteilung braucht es eine straffere, funktional aufgestellte
87 Parteiführung. Wir fordern daher, die Zahl der gewählten Beisitzer im
88 Bundesvorstand deutlich auf **zehn** zu reduzieren. Ein kleineres Führungsgremium
89 bündelt Verantwortung, schafft klare Zuständigkeiten und erhöht die strategische
90 Schlagkraft der Partei. Kooptierte Mitglieder sind von dieser Begrenzung
91 auszunehmen.
 - 92 • **Erweiterten Bundesvorstand einführen:** Landesvorsitzende fungieren bisher oft als
93 Beisitzer im Bundesvorstand, obwohl ihre Perspektive besser in einem separaten
94 Gremium aufgehoben wäre. Wir fordern daher die Einrichtung eines *erweiterten*
95 *Bundesvorstands (eBuVo)*, in dem die Landesvorsitzenden regelmäßig und
96 strategisch in die Arbeit des Bundesvorstands eingebunden werden. Die
97 Beisitzerposten im Bundesvorstand sollen stattdessen gezielt für engagierte
98 Mitglieder geöffnet werden, um die Vielfalt und Expertise der Partei besser
99 abzubilden. So entstehen klare Zuständigkeiten, stärkere föderale Einbindung und
100 ein handlungsfähigeres Führungsteam.
 - 101 • **Digitale Delegierten- und Schiedsgerichtswahlen:** Eine moderne liberale Partei
102 darf nicht nur über Digitalisierung sprechen - sie muss sie leben. Deshalb
103 setzen wir uns dafür ein, dass künftig die Delegierten für ALDE sowie die
104 Mitglieder des Bundesschiedsgerichts nicht mehr ausschließlich im analogen
105 Rahmen bestimmt werden. Stattdessen sollen sie im Vorfeld eines Bundesparteitags
106 durch alle Mitglieder digital gewählt werden - der Parteitag bestätigt diese
107 Wahl nur noch formal. So schaffen wir mehr demokratische Legitimation, stärken
108 die innerparteiliche Beteiligung und entlasten gleichzeitig die
109 Bundesparteitage.
 - 110 • **Politisches Handwerkszeug vermitteln:** Vielen Mitgliedern an der Basis sind
111 zentrale Abläufe, Tools und Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb der FDP oft
112 nicht hinreichend bekannt. Wir fordern daher regelmäßig stattfindende Workshops
113 für die Parteibasis, z.B. zu OpenSlides und der Antragsarbeit. Wer mitmachen
114 will, muss wissen wie – politische Beteiligung darf keine Blackbox sein. Nur
115 wenn wir unsere Mitglieder befähigen, schaffen wir echte Beteiligungskultur und
116 eine informierte, aktive Basis.
 - 117 • **Familienfreundliche Parteiarbeit:** Mehr digitale Formate, klare und verlässliche
118 Sitzungszeiten und flexible Beteiligungsmöglichkeiten sollen die Vereinbarkeit
119 mit dem Familienleben verbessern und so allen Mitgliedern eine Partizipation
120 ermöglichen.
 - 121 • **Mitgliedschaft ab 14 Jahren:** Viele JuLi-Mitglieder engagieren sich bereits ab 14
122 Jahren für die FDP und bereichern insbesondere im Wahlkampf und in der
123 programmatischen Gestaltung die Partei. Daher soll eine Mitgliedschaft in der
124 FDP künftig bereits ab 14 Jahren möglich sein.

- 125 • **Schnuppermitgliedschaft:** Nicht jeder möchte sich durch eine feste Mitgliedschaft
126 gleich langfristig an eine Partei binden. Eine Schnuppermitgliedschaft kann
127 Interessenten erste Einblicke in die Arbeit der FDP und ihre
128 Beteiligungsmöglichkeiten bieten. Zur Absenkung der Hemmschwelle soll sie
129 grundsätzlich befristet und von Mitgliedsbeiträgen befreit sein. Es könnte auch
130 darüber nachgedacht werden, diese neue Art der Mitgliedschaft für 14- bis 16-
131 jährige Interessenten kostenfrei zu öffnen.
- 132 • **Flexible Mitgliedschaften:** Viele Menschen möchten sich nur in bestimmten Teilen
133 oder hinsichtlich unterschiedlicher Aspekte in einer Partei engagieren. Dies
134 könnte ihnen zukünftig in der FDP durch eine flexible Mitgliedschaft ermöglicht
135 werden. Durch eine Fördermitgliedschaft können ansonsten passive Mitglieder die
136 Partei finanziell unterstützen. In einer Mitgliedschaft auf Zeit oder
137 projektbezogenen Mitgliedschaft können Interessenten sich gezielt für einzelne
138 Projekte oder zeitlich begrenzte Prozesse innerhalb der Partei engagieren.
139 Expertenmitgliedschaften könnten der FDP ermöglichen, gezielt externes Wissen
140 und ideelle Unterstützung für die Partei zu gewinnen.
- 141 • **Direkte & virtuelle Mitgliedschaft:** Durch eine gesteigerte Mobilität und
142 flexiblere Lebensmodelle sind viele Menschen weniger ortsgebunden als früher und
143 brauchen auch in ihrem parteipolitischen Engagement mehr Freiräume. Die FDP
144 könnte diesen Menschen zukünftig vereinfacht eine direkte Mitgliedschaft beim
145 jeweiligen Landesverband ermöglichen, ohne dass sie die Umwege über Orts-,
146 Kreis- und Bezirksverbände nehmen müssen. Neben einer virtuellen Mitgliedschaft
147 kann dies insbesondere in strukturschwachen Regionen Deutschlands, in denen zum
148 Teil keine oder nur schwach aufgestellte Untergliederungen existieren,
149 Engagement ermöglichen und attraktiv machen.
- 150 • **Externe Stimmen einbeziehen:** Die FDP sollte nicht nur interne Strukturen,
151 sondern auch Wählerperspektiven stärker einbeziehen. Ein Mechanismus zur
152 Evaluation externer Stimmen könnte helfen, die Parteispitze strategisch besser
153 auszurichten. Auf diese Weise könnte sichergestellt werden, dass die Partei
154 nicht nur intern repräsentiert ist, sondern auch extern auf die breite
155 Wählerschaft ausgerichtet bleibt.
- 156 • **Dialog mit politischen Influencern:** Die öffentliche Meinungsbildung wird
157 zunehmend von Online-Influencern geprägt. Menschen, die außerhalb von
158 Parteiämtern in sozialen Medien für liberale Themen werben, haben sich – etwa
159 bei der Linkspartei – zu einem wahlentscheidenden Faktor entwickelt. Um auch in
160 der APO sichtbar und relevant zu bleiben, muss ein zukünftiger Bundesvorstand
161 proaktiv den Kontakt zu reichweitenstarken liberalen Influencern suchen und sie
162 gezielt in exklusive Formate einbinden. Denkbar sind Content-Collabs, Creator-
163 Stipendien, „*Liberal Voices*“-Events oder die Co-Creation von Kampagnen.

164

165 **b) Inhaltliche Reformvorschläge**

166 Die FDP hat zuletzt durch thematische Verengung und widersprüchliche Positionierungen
167 erheblich an Kontur verloren. Statt überzeugende liberale Alternativen z.B. beim
168 Klimaschutz, in der Europapolitik, der Migration oder gesellschaftspolitischen Fragen
169 klar zu kommunizieren, dominierte das Bild eines monothematischen „Bremsklotzes“ mit

170 konservativer Ausrichtung. Zukunftsthemen wie Digitalisierung, soziale
171 Aufstiegschancen, liberale Drogenpolitik oder die Selbstbestimmung queerer Menschen
172 wurden vernachlässigt. Dadurch blieb die FDP in einer unklaren Position zwischen
173 Union und AfD gefangen, die langfristig kein Potenzial für nachhaltige liberale
174 Politik bietet. Es ist daher unerlässlich, dass die bestehende Beschlusslage der
175 Partei vom zukünftigen Bundesvorstand konsequent beachtet und umgesetzt wird – im
176 Kommunikationsstil ebenso wie programmatisch. Ziel für unsere künftige Ausrichtung
177 ist die Abkehr von der zuletzt wahrgenommenen inhaltlichen Verengung. In anderen
178 Worten: *mehr programmatische Breite – ein konsequenter Liberalismus.*

- 179 • **Konsequenter Liberalismus:** Gesellschafts- und Wirtschaftsliberalismus schließen
180 sich nicht aus – sie gehören zusammen. Beide beruhen auf dem gleichen
181 Menschenbild: Freiheit, Eigenverantwortung und Vertrauen in den Einzelnen. Wer
182 den Menschen in wirtschaftlichen Fragen zutraut, unternehmerisch zu handeln,
183 muss ihm auch in persönlichen Lebensfragen Selbstbestimmung zugestehen und
184 umgekehrt. Freiheit ist unteilbar. Wer ökonomische Freiheit fordert, darf
185 persönliche Freiheit nicht relativieren. Wer für individuelle Lebensentwürfe
186 steht, kann auch nicht für staatliche Bevormundung in Märkten plädieren.
187 Gesellschaftliche Offenheit braucht wirtschaftliche Freiheit. Wer A sagt muss
188 auch B sagen: Liberalismus ist ganzheitlich – persönlich, gesellschaftlich und
189 wirtschaftlich. Alles andere ist inkonsequent.
- 190 • **Keine Zusammenarbeit mit der AfD:** Die FDP steht für Freiheit und Weltoffenheit -
191 Werte, die die in relevanten Teilen rechtsextreme AfD konsequent verachtet. Die
192 AfD möchte abschaffen, wofür Liberale stehen. Die AfD darf mit ihrer
193 angekündigten Zustimmung zu Forderungen der FDP keinen Einfluss auf unsere
194 inhaltliche Position haben. Wir werden unsere Überzeugungen unabhängig von dem
195 Verhalten der AfD vertreten. Zu dieser Überzeugung gehört, dass wir keine
196 Mehrheiten mit der AfD suchen oder darauf bauen.
- 197 • **Keine Koalition mit Linkspartei und BSW:** Von der Übernahme russischer Narrative
198 im Angriffskrieg auf die Ukraine über die mangelnde Aufarbeitung der SED-
199 Geschichte bis hin zur sozialistischen Wirtschaftspolitik passen Liberale
200 einerseits und Linkspartei sowie Bündnis Sahra Wagenknecht andererseits nicht
201 zusammen. Wir lehnen daher weiterhin eine Koalition mit beiden Parteien
202 kategorisch ab.
- 203 • **“Einigkeitsthemen” im Wahlkampf in den Vordergrund stellen:** Die Bundestagswahlen
204 2017 und 2021 zeigen, dass Themen das gesamte liberale Spektrum vereinen. Diese
205 sollten im Wahlkampf im Mittelpunkt stehen, um Geschlossenheit zu demonstrieren.
206 Die Bundestagswahl 2025 dient insoweit als Negativbeispiel dafür, dass sich die
207 FDP bei entscheidenden Wahlkampfthemen zunächst innerparteilich einig werden
208 sollte, bevor man mit innerparteilich-kontroversen Themen zerstritten an die
209 Öffentlichkeit geht.
- 210 • **“Modernisierungsthemen” wieder priorisieren:** Die Bundestagswahl 2017 zeigt, dass
211 die FDP auch deshalb gewählt wird, wenn sie glaubwürdig für eine Modernisierung
212 unseres Landes einsteht, beispielsweise in den Bereichen Digitalisierung und
213 Bildung. Es ist sinnvoll, dass die FDP beim Eintritt in eine Regierung dann auch
214 die entsprechenden Schwerpunktressorts besetzt. Gleichzeitig dürfen diese Themen
215 dann weder inhaltlich noch kommunikativ untergehen, sondern müssen prioritär

- 216 bespielt und dabei auf die eigenen Erfolge verwiesen werden.
- 217 • **Keine inhaltlichen Schnellschüsse entgegen unserer Grundüberzeugungen:**
218 Inhaltliche Schnellschlüsse, mit denen kurzfristig verzweifelt auf spezielle
219 Wählergruppen geschickt wird, langfristig jedoch der Glaubwürdigkeit schaden
220 oder den liberalen Prinzipien widersprechen, sind zu vermeiden.
- 221 • **FDP Pur:** Wir fordern, dass die FDP künftig konsequent eigenständig in Wahlkämpfe
222 zieht – ohne Koalitionsaussagen, ohne Zweitstimmenkampagnen für andere Parteien
223 und ohne taktische Anbiederung als Mehrheitsbeschaffer. Die FDP ist keine
224 Ergänzung, kein Korrektiv und kein Koalitionsversprechen – sie ist eine
225 eigenständige, liberale Kraft mit einem klaren, unverwechselbaren Profil.
- 226 • **Flexibilität statt rigider Standpunkte:** Als Lehre aus der gescheiterten
227 Regierungsbeteiligung muss eine liberale Partei künftig kompromiss- und
228 dialogfähig bleiben, um mit demokratischen Mitbewerbern zusammenzuarbeiten. Rote
229 Linien führen zu kommunikativen Sackgassen und sollten – unter Wahrung eigener
230 Kernanliegen – im Regelfall vermieden werden.
- 231 • **Programmatische Innovation in der Breite:** Eine zentrale Lehre aus dem
232 Bundestagswahlkampf und den migrationspolitischen Forderungen der FDP ist der
233 erkennbare Mangel an innovativen und einzigartigen Ideen, die als klares
234 Alleinstellungsmerkmal der Freien Demokraten dienen. Um in Zukunft stärker und
235 profilierter aufzutreten, brauchen wir eine Beschlusslage, die in der gesamten
236 Breite politischer Themen – von Entwicklungs- bis Kulturpolitik – mutige und
237 originelle Konzepte bietet. Diese Ideen müssen von einer zukünftigen
238 Parteispitze entschlossen nach außen getragen und im Wahlkampf sichtbar gemacht
239 werden.
- 240 • **Denkanstoß über eine fundamentale Neugestaltung einer liberalen Partei:** Eine
241 fundamentale Neugestaltung einer liberalen Partei verlangt die Aufhebung von
242 Denkverboten. So muss sich etwa ergebnisoffen die Frage gestellt werden, welche
243 Vorteile das weitere Auftreten als FDP mit sich bringt. Nur ohne innere Tabus
244 lässt sich prüfen, welche Ausdrucksformen künftigen Erfolg ermöglichen.
- 245 • **Vision für Deutschland:** All diese Reformen greifen nur, wenn die FDP endlich
246 eine **umfassende Vision für Deutschland** entwickelt. Die FDP muss aufhören, sich
247 von Umfragen und kurzfristigen Trends treiben zu lassen. Stattdessen brauchen
248 wir eine klare, langfristige und ambitionierte Vorstellung davon, wohin wir
249 unser Land führen wollen, wenn wir die Chance zur Gestaltung bekommen. Wie sieht
250 ein Deutschland aus, in dem die FDP die politische Richtung vorgibt? Welche
251 Veränderungen treiben wir voran? Was ist unser Zukunftsversprechen? Wir brauchen
252 ein neues, ambitioniertes Selbstverständnis: Nicht mehr nur reagieren oder
253 verwalten, sondern agieren und gestalten. Mehr Veränderung, weniger Status Quo.
254 Wir sollten der Gesellschaft deutlich machen: **So** sähe Deutschland aus, wenn die
255 FDP regiert.

256

257 **2. Reformvorschläge für die Bundes-JuLis**

258 Die Jungen Liberalen haben ihre Kernaufgabe als konstruktiv-kritischer Begleiter und
259 Treiber der FDP zunehmend vernachlässigt. Die abnehmende kritische Hinterfragung

260 zeigt sich insbesondere seit Mai 2024. Nach der Bundestagswahl muss man nüchtern
261 feststellen, dass andere Jugendverbände die Aufgaben eines kritischen Begleiters
262 deutlich besser gemeistert haben. Außerdem müssen auch die Jungen Liberalen weg von
263 einer "Aufsichtsratmentalität", bei der wir uns primär als kritisches Prüforgan der
264 Mutterpartei verstehen, und hin zu einer unbequemen, eigenständigen und ehrlichen
265 Stimme des progressiven Liberalismus. Dabei dürfen wir nicht bei der Verwaltung der
266 Gegenwart stehen bleiben und konservativ den Status Quo verteidigen, sondern brauchen
267 eine konsequente Vision für die nächsten Jahrzehnte - mit besonderem Fokus darauf,
268 was wir tun müssen, damit die junge Generation positiv in die Zukunft blicken kann.
269 Wir setzen uns daher insgesamt für einige grundlegende Reformen ein, die unserer
270 Ansicht nach die JuLis und ihre Wahrnehmung in Gänze nachhaltig stärken werden.
271 Hierzu zählen:

- 272 • **Eigenständiges JuLi-Profil:** Die Jungen Liberalen sind **kein bloßes Vorfeld** oder
273 eine Nachwuchs-Personalreserve der FDP. Wir sind eine eigenständige politische
274 Kraft mit klarer Haltung, eigenem Anspruch und eigener Verantwortung. Unser Ziel
275 ist es nicht, FDP-Beschlüsse nachzubeten, sondern neue, moderne und konsequent
276 liberale Impulse zu setzen. Unser Profil muss erkennbar sein: inhaltlich
277 schärfer, strategisch freier und politisch kantiger. Wir nehmen nicht Maß an
278 CDU/CSU, Grünen, SPD, Linken oder AfD – unser Anspruch ist es, **den Unterschied**
279 zu machen.
- 280 • **Umfang mit AFF und JLK:** Als Junge Liberale sind wir eine meinungspluralistische
281 Organisation, die das ganze Spektrum des Liberalismus abdeckt. Wir distanzieren
282 uns von Vereinnahmungsversuchen und dem Ansatz des Negative Campaigning seitens
283 der Gruppierungen Allianz für Freiheit und Jung.Liberal.Kapitalistisch. Beide
284 sind keine offiziellen Vorfeldorganisationen der Jungen Liberalen und
285 entsprechen auch nicht unserem optimistischen, positiv-gestalterischen Leitbild.
- 286 • **Klare Kritik bei Abweichung von der FDP-Bundesbeschlusslage:** Sofern das Handeln
287 der FDP von ihrer eigenen Bundesbeschlusslage oder jener der Jungen Liberalen
288 abweicht, erwarten wir vom Bundesverband, dass er im Rahmen seiner Presse- und
289 Öffentlichkeitsarbeit etwa durch Pressemitteilungen und in den sozialen Medien
290 dezidierte Kritik übt und zu den jeweiligen Themen stets klare Stellung bezieht.
291 Dies gilt auch in Wahlkampfzeiten; das Mantra der Geschlossenheit darf nicht
292 dazu führen, dass die Jungen Liberalen ihrer kritischen Beobachtungsfunktion
293 nicht nachkommen und stillschweigend akzeptieren, wenn Funktionsträger der
294 Partei von denjenigen Inhalten abweichen, für die wir als Liberale eintreten.
295 Wenn berechtigte Kritik an der Wahlkampagne erst ex post im Rahmen der
296 Wahlanalyse geübt wird, obwohl bereits zuvor teils großer Unmut innerhalb der
297 Mitgliedschaft besteht, gefährdet das ein erfolgreiches Abschneiden der Partei
298 stärker als die klare Artikulation unserer Position gegenüber der Partei.
- 299 • **Rücktritt vom Bundesvorstand nach Parlamentseinzug:** Zieht ein Mitglied des
300 Bundesvorstandes in den Bundestag oder das EU-Parlament ein, sollte der gewählte
301 Vorstandsposten im Bundesvorstand zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Verfügung
302 gestellt werden, um eine Unabhängigkeit des Bundesvorstandes von der
303 Fraktionsarbeit zu bewahren und die Funktion als konstruktive und gleichzeitig
304 kritische Begleitung der Partei nicht zu gefährden. Weiterhin werden
305 Bundesvorsitzende bereits im Wahlkampf dazu angehalten, die unabhängige Ausübung

306 ihres Vorstandsamtes selbstkritisch zu prüfen, sofern sie gleichzeitig auf einem
307 aussichtsreichen Listenplatz für ein solches Mandat kandidieren oder diese
308 Absicht verfolgen.

309 • **All Hands on Deck – eBuVo strategisch nutzen:** Der erweiterte Bundesvorstand
310 (eBuVo) der Jungen Liberalen bietet enormes Potenzial, wird aber bislang zu
311 wenig als strategisches Gremium genutzt. Wir fordern, dass der eBuVo künftig
312 stärker in die inhaltliche, organisatorische und politische Arbeit eingebunden
313 wird. Statt bloßer Statusupdates braucht es echte Mitgestaltung: klare
314 Verantwortlichkeiten, gemeinsame Schwerpunktsetzungen und regelmäßige
315 Zusammenarbeit. Wenn wir als Verband schlagkräftiger werden wollen, gilt: All
316 Hands on Deck. Der eBuVo muss ein Ort werden, an dem Ideen entstehen, Strategien
317 entwickelt und Entscheidungen vorbereitet werden. Nur so entfaltet er seinen
318 vollen Wert – als Arbeitsgremium, Impulsgeber und Rückgrat des Bundesverbandes.

319 • **Soziale Medien voll ausschöpfen (inkl. TikTok):** Spätestens dieser Wahlkampf hat
320 gezeigt, dass wir unseren Social-Media-Auftritt grundlegend erneuern müssen –
321 bzgl. des Mediums, der Aufmachung sowie des Inhalts.

322 • **Medium:** Bezüglich des Mediums haben wir uns bewusst weitestgehend von
323 TikTok ferngehalten – ein deutlicher Fehler, wie das Abschneiden von Linke
324 und AfD bei den Jung- und Erstwählern zeigt (selbstredend ist TikTok hier
325 nicht monokausal, die Bedeutung darf nicht über-, aber eben auch nicht
326 unterschätzt werden). Wir müssen lernen, gewisse liberale Themen auch
327 effektiv an große Mengen von Wählern zu kommunizieren. Hierfür ist
328 allerdings eine gewisse Grundpräsenz auf diesen Plattformen nötig. Dies
329 beinhaltet auch liberale Vorfeldorganisationen.

330 • **Aufmachung:** Bezüglich der Aufmachung haben wir erste Entwicklungen hin zu
331 einem modernen Auftreten unternommen, positiv ist etwa das “Kabinen-Video”.
332 Gleichwohl stellt sich die Frage, inwieweit wir uns von Content
333 emanzipieren müssen, der primär mit den Gesichtern von Jungen Liberalen
334 bespielt wird. Ein solcher Content ist primär “Content nach Innen”, in die
335 eigene JuLi-Bubble hinein. Junge Menschen interessieren sich auch, aber
336 nicht nur für die Gesichter unseres Verbands – Gesicht, die sie im
337 Zweifelsfall nicht einmal kennen. Was es bedarf, ist ein ganzheitlich
338 modernes Auftreten, welches auch vor innovativen Konzepten nicht
339 zurückschreckt. Wir fordern eine gründliche Evaluation der digitalen
340 Präsenz. Dies beinhaltet z.B. auch, die Art des Contents der Linken sowie
341 des linken Vorfelds zu studieren.

342 • **Inhalt:** Auch bezüglich des Inhalts haben wir Steigerungspotenzial. Wir
343 müssen es schaffen, starke Narrative zu erzeugen und in wenigen Worten zu
344 kommunizieren. Linke Buzzwords wie “Enteignen, Enteignen, Enteignen” müssen
345 wir mit kreativen, neuen Impulsen begegnen, die unsere Adressaten
346 emotionaler adressieren. Welches “Gefühl” wollen wir JuLis über Social
347 Media präsentieren? Diese Frage bedarf einer dringenden Antwort.
348 “Schuldenbremse, Schuldenbremse, Schuldenbremse” (so richtig sie
349 programmatisch auch sein mag) kann diese emotionale Leerstelle leider nicht
350 füllen. Ein erfolgreicher Social Media Auftritt braucht essentieller Weise
351 ein “liberales Grundgefühl”, welches wir bedienen wollen. Ein solches

352 "liberales Grundgefühl" kann das von uns 2017 und 2021 vermittelte Gefühl
353 "Wir glauben an dich!" / "Wir ermöglichen deine Möglichkeiten!" /
354 "Konsequent Europa – Jetzt erst Recht!" sein. Dieses "liberale Grundgefühl"
355 muss das klare Leitbild unseres Social-Media-Auftritts sein.

- 356 • **Mitglieder als Markenbotschafter:** Unsere Mitglieder sind nicht nur die Basis
357 unserer Arbeit, sondern auch Gesicht und Stimme der Jungen Liberalen in der
358 Gesellschaft. Durch gezielte Schulung und Einbindung unserer Mitglieder als
359 Botschafter stärken wir ihre Identifikation mit den JuLis und tragen unsere
360 Werte nach außen.
- 361 • **JuLi-Mandatsträger fördern:** Wer aus den Reihen der JuLis den Sprung in
362 Parlamente oder wichtige Ämter schafft, bringt unsere Ideen direkt in die
363 Politik ein. Das verdient Applaus und vor allem Unterstützung. Wir fordern, dass
364 JuLi-Mandatsträger – sowie FDP-Kandidierende mit JuLi-Hintergrund – systematisch
365 gefördert, vernetzt und sichtbar gemacht werden. Ob im Stadtrat, Landtag oder
366 Bundestag: **Junge liberale Stimmen** dürfen nicht vereinzeln. Wir werden sie
367 strategisch begleiten – mit politischem Rückhalt, inhaltlicher Expertise und
368 Hilfe in der Öffentlichkeitsarbeit.
- 369 • **Gemeinsam stark - Unterstützung der liberalen Stimme deutschlandweit:** Um die
370 Zusammenarbeit im Wahlkampf zu intensivieren, Netzwerke auszubauen und so die
371 Schlagkraft der JuLis und FDP auf allen Ebenen zu stärken, fordern wir die
372 Entwicklung und Umsetzung eines bundesweiten Konzepts für Partnerschaften
373 zwischen west- und ostdeutschen Landkreisen. Die Partnerschaften sollen
374 Wahlkampf Unterstützung leisten (personell, ggf. finanziell und insbesondere
375 auch Know-How-Transfer), Netzwerke und Austausch fördern (durch Treffen,
376 gemeinsame Aktionen und gegenseitiges Kennenlernen) und auf Gegenseitigkeit
377 beruhen (freiwillig, solidarisch und vertrauensbasiert).
- 378 • **Eigenes Agenda-Setting betreiben:** Dass die FDP einseitig das Thema
379 Schuldenbremse bespielt hat, ist das eine. Dass dies auch eine politische
380 Jugendorganisation tut, ist diskussionswürdig. Ob dieses Thema junge Menschen,
381 die sich einer Lebensumwelt mit renovierungsbedürftigen Schulen etc. ausgesetzt
382 sehen, über die eigene (enge) Kernklientel hinaus begeistert und mobilisiert,
383 ist ebenso diskussionswürdig. **Die Jungen Liberalen sollten nicht bloß die**
384 **Kampagne der Mutterpartei spiegeln, sondern eigene Akzente setzen.** Derartige
385 Impulse sollten vermehrt im Vordergrund stehen.
- 386 • **"Liberal Voices of Europe" – Pan-europäischer Content:** Junge Menschen, die
387 aktuell an eine europäische Partei denken, denken an Volt. Wir haben uns Europa
388 als Thema wegnehmen lassen. Wir wollen daher verstärkt auf pan-europäischen
389 Content setzen. "Konsequent Europa – Jetzt erst Recht!" lebt mit einer
390 europäischen Identität. Hierfür wollen wir mit liberalen Gesichtern aus ganz
391 Europa zusammenarbeiten ("Liberal Voices of Europe"). Die EU ist die Lösung für
392 die Ukraine – sagen ukrainische Liberale. Die EU ist die Lösung gegen Populismus
393 – sagen ungarische Liberale. Die EU ist die Lösung gegen den Klimawandel – sagen
394 griechische Liberale in Waldbrandregionen. Formate wie solche können eine
395 europäische Identität stärken und helfen uns, wieder als zentrale europäisch
396 denkende Partei wahrgenommen zu werden.
- 397 • **Abschaffung eines Mindestalters bei den Jungen Liberalen:** Als Jugendorganisation

398 ist es unsere Aufgabe, alle jungen Menschen innerhalb der liberalen Familie zu
399 vertreten. Weiterhin ist es unsere Aufgabe, junge Menschen in einem
400 niedrighschwelligem Rahmen an das politische Engagement heranzuführen und ihnen
401 die Chance zu bieten, die politische Arbeit auszuprobieren, ohne dabei dem
402 starren, direkten und bindenden Rahmen der Partei ausgesetzt zu sein. Daher
403 fordern wir die Abschaffung des bisherigen Mindestbeitrittsalters von 14 Jahren
404 bei den Jungen Liberalen. Um die Arbeitsfähigkeit der gewählten Vorstandsebenen
405 zu gewährleisten, muss für Ämter jedoch die Eingrenzung eines Mindestalters
406 erfolgen, sofern ein solches zur Sicherstellung einer rechtskonformen
407 Geschäftsfähigkeit notwendig ist.

408 • **Inklusive Verbandskultur (“Liberale Verbandskultur 2030”):** Das Einfordern einer
409 Partei der inhaltlichen und personellen Vielfalt beginnt unten an der Basis.
410 Insbesondere unsere strukturelle Schwäche bei weiblichen Mitgliedern stellt ein
411 ernsthaftes Problem dar. Vor diesem Hintergrund muss die Verbandskultur
412 wesentlich inklusiver werden. Dies beinhaltet u.a. ein Reflexionsprozess über
413 die Art und Weise von Veranstaltungsformaten. Wir wollen alle Kreisverbände
414 ermutigen, sich in einem geeigneten Forum zusammenzuschließen und über best-
415 practice Beispiele auszutauschen (“Liberale Verbandskultur 2030”). Wo möglich
416 soll diesen Foren eine vorgelagerte Einbindung aller Basismitglieder auf
417 Kreisebene vorangehen.

418 • **Niedrighschwellige programmatische Mitarbeit:** Spiegelbildlich wollen wir die
419 Hürden für eine programmatische Mitarbeit senken, z.B. indem wir ein Starter-
420 Paket für Neumitglieder erstellen, welches u.a. ein “How-to-Mitarbeit” und eine
421 “JuLi-Vokabelliste” enthält.

422 • **Junge Netzwerke stärken:** Um politisch interessierte Jugendliche frühzeitig
423 anzusprechen, wollen wir die Vernetzung mit liberalen Schüler- und
424 Studierendengruppen intensivieren. Ein engerer Austausch mit diesen Gruppen
425 ermöglicht nicht nur einen frühen Einstieg in die JuLi-Arbeit, sondern verankert
426 uns auch stärker in jungen und aufstrebenden liberalen Netzwerken.

427 • **Liberales Vorfeld nutzen:** Die Jungen Liberalen müssen dort sichtbar sein, wo
428 Zukunft gestaltet wird – auf Konferenzen, Messen, in zivilgesellschaftlichen
429 Netzwerken und sozialen Bewegungen. Wer Einfluss nehmen will, muss Präsenz
430 zeigen. Wir suchen daher **strategische Partnerschaften** mit liberalen Stiftungen,
431 Initiativen, Verbänden und Think-Tanks. Durch aktive Teilnahme und Kooperation
432 können wir unsere Ideen in gesellschaftliche Debatten einbringen, neue Impulse
433 aufnehmen und die Relevanz liberaler Politik jenseits der klassischen
434 Parteiarbeit steigern.

Begründung

erfolgt mündlich

Antragssteller: LV Schleswig-Holstein, LV Niedersachsen, LV Bayern, LV Baden-Württemberg

Antrag 902: Grundsätzlich. Liberal. - Positionsbestimmung der Jungen Liberalen

Laufende Nummer: 437

Antragsteller*in:	LV Hessen (Landesverbände), LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände), LV Hamburg (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Brandenburg (Landesverbände), LV Berlin (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände), LV Sachsen (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	9 - Internes, FDP und Grundsätzliches
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Die Uneinigkeit der liberalen Bewegung über die Vision für Deutschland war ein
2 signifikanter Faktor für die Streitigkeiten und Fehler in der letzten
3 Regierungsverantwortung. Um diese Uneinigkeit aufzulösen, ist es im ersten Schritt
4 sinnvoll, dass die FDP sich ein neues Grundsatzprogramm gibt. Diese inhaltliche
5 Neuausrichtung wollen die Jungen Liberalen aktiv mitgestalten. Der Bundesvorstand
6 wird deswegen beauftragt, mit der folgenden Grundhaltung für die Jungen Liberalen
7 aktiv am Grundsatzprogrammprozess der Freien Demokraten mitzuarbeiten:

8 **Wer wir sind.**

9 Wenn wir als liberale Bewegung wieder stark und selbstbewusst werden wollen, müssen
10 wir uns erstmal intern rückversichern, wer wir sind und wie wir miteinander umgehen
11 wollen.

12 • **Sind wir progressiv?**

13 **Alt 1:** "Wir Liberale wollen Fortschritt aktiv gestalten, unser Land modernisieren,
14 schützen Traditionen nicht vor organischen Entwicklungen und stehen an der Seite all
15 jener, die diese Ziele teilen. Schöpferische Zerstörung ist ein Kernelement des
16 Liberalismus, wir stellen ihr keine künstlichen Hürden in den Weg. Deswegen sind wir
17 als liberale Bewegung progressiv!"

18 **Alt 2:** "Deutschland ist im Grundsatz geprägt von vielen Errungenschaften, für die wir
19 Liberale gekämpft haben: Marktwirtschaft, Rechtsstaat, die Wiedervereinigung im Bund
20 mit anderen westlichen Staaten und die Freiheit des Einzelnen, nach seinen
21 individuellen Zielen zu streben. Diese Werte müssen Liberale verteidigen, gegen
22 direkte Bedrohungen und auch gegen einen illiberalen Zeitgeist. Für uns ist nicht
23 entscheidend, ob eine Idee fortschrittlich, sondern ob sie freiheitlich ist. Wir
24 sehen uns mit dem Oberbegriff "progressiv" deshalb nicht richtig beschrieben."

25 • **Umgang mit Andersdenkenden in der Partei**

26 **Alt 1:** "Als liberale Bewegung wollen wir der Marktplatz der Ideen sein und bieten
27 deswegen Menschen aller verfassungskonformen Meinungen eine Heimat. So sichern wir,

28 dass die besten Ideen in unseren Reihen entstehen.“

29 **Alt 2:** “Die Liberale Bewegung umfasst ein breites Spektrum an Ideen, aber wer Teil
30 der liberalen Bewegung ist muss sich innerhalb dieses Spektrums befinden. Wir
31 sprechen uns dafür aus, Parteifreundinnen und Parteifreunden, die sich vom
32 Liberalismus entfernen, freundlich darauf hinzuweisen. Auch legitime Meinungen sind
33 gegebenenfalls in anderen Parteien besser aufgehoben.“

34 **Wie wir mit anderen umgehen.**

35 Nicht erst auf den letzten Metern des Bundestagswahlkampfes 2025 haben sich innerhalb
36 der liberalen Bewegung große Schluchten aufgetan bei der Frage, wie wir zu externen
37 Akteuren stehen. Wenn wir so eine Selbstzerlegung in Zukunft vermeiden wollen, müssen
38 wir diese Fragen klären.

39 • **Umgang mit den politischen Rändern**

40 Als Liberale sind wir mit unseren Positionen so weit entfernt von etatistischem
41 Radikalismus wie keine andere politische Kraft.

42 **Alt 1:** “Wir gehen deswegen gelassen damit um, wenn es in einzelnen Abstimmungen in
43 Bund, Land oder Kommune zu Mehrheiten auch mit extremen Parteien kommt, sofern
44 dadurch wichtige liberale Anliegen zum Wohle der Bürger umgesetzt werden.“

45 **Alt 2:** “Wir trennen uns deswegen klar von extremen Parteien ab und schließen eine
46 Kooperation, die Zustimmung zu Anliegen oder das Inkaufnehmen der Zustimmung zu
47 eigenen Anliegen, egal welcher Art, mit diesen Parteien aus.“

48 Extrem im Sinne dieses Abschnitts ist/sind für uns die AfD **Option:** “sowie das BSW und
49 die Linkspartei.“

50 Eine formale Zusammenarbeit, insbesondere eine Koalition, schließen wir in jedem Fall
51 weiterhin mit BSW, AfD und Linkspartei aus.

52 • **Umgang mit “Diversity” & CSDs**

53 **Alt 1:** “Für uns steht das Individuum im Mittelpunkt. Wo Bürger- und Menschenrechte
54 eingeschränkt sind, setzen wir uns dafür ein, dass sie realisiert werden. Wir
55 überlassen die Gleichstellung aller Menschen dabei nicht denen, die von
56 “Minderheitenrechten” reden. Wir treten deswegen bei Christopher Street Days und
57 ähnlichen Veranstaltungen auf, um dort eine Stimme des Individualismus zu bieten.“

58 **Alt 2:** “Für uns steht das Individuum im Mittelpunkt. Nicht jede Demonstration, nicht
59 jedes zivilgesellschaftliche Bündnis, das diese Ziele scheinbar teilt, setzt sich
60 auch tatsächlich für Individualismus ein. Wir werden deshalb stets kritisch prüfen,
61 welchen politischen Forderungen wir uns implizit oder explizit anschließen, wenn wir
62 an Demonstrationen oder in zivilgesellschaftlichen Bündnissen mitwirken.“

63 **Wofür wir stehen.**

64 Das Wichtigste für das Wiedererstarken der liberalen Bewegung sind die Inhalte. In
65 einigen zentralen Fragen unserer Zeit sollten wir in unserem Grundsatzprogramm
66 Position beziehen, um einen ehrlichen Neustart zu zeigen.

67 • **Redefreiheit vs. Meinungsfreiheit**

68 **Alt 1:** "Der freie Austausch von Ideen lebt von Meinungsfreiheit. Aber Äußerungen, die
69 den Rahmen einer Meinungsäußerung verlassen, stehen für uns nicht unter einem
70 bedingungslosen Schutz. Sie vergiften den öffentlichen Diskurs, statt ihn zu
71 bereichern. Hier sollten wir deswegen an der bisherigen Regelung im Grundgesetz
72 festhalten. "

73 **Alt 2:** "Grenzüberschreitungen waren häufig die Treiber von Fortschritt. Als Junge
74 Liberale sprechen wir uns deswegen gegen die staatliche, strafrechtliche Begrenzung
75 des Sagbaren aus. Wir setzen uns deswegen für eine Änderung des Grundgesetzes ein,
76 die die Redefreiheit statt der Meinungsfreiheit in unserer Verfassung verankert. Die
77 Redefreiheit findet ihre Grenzen dort, wo entweder konkret zu einer Straftat
78 aufgerufen oder einer natürlichen oder juristischen Person nachweisbar mit
79 Falschaussagen geschadet wird, sowie im Tatbestand der Holocaustleugnung."

80 • **Asylgrundrecht in heutiger Form beibehalten?**

81 **Alt 1:** "Das Asylgrundrecht in seiner heutigen Form ist eine direkte Lehre aus den
82 Erfahrungen Verfolgter während der Zeit der nationalsozialistischen
83 Schreckensherrschaft. Es ist in dieser Form auch heute noch aktuell und sollte
84 beibehalten werden."

85 **Alt 2:** "Das Asylgrundrecht ist aus historisch nachvollziehbaren Gründen geschaffen
86 worden, trifft allerdings heute auf eine mobile Welt mit großen Migrationsströmen
87 über Kontinente hinweg. Es ist deshalb in seiner heutigen Form veraltet.
88 Wir halten an dem Schutzrecht Asylsuchender fest, wollen das Grundrecht auf Asyl und
89 den Schutz subsidiär Schutzberechtigter aber durch eine Institutsgarantie ersetzen,
90 die uns ermöglicht, die Aufnahme Schutzsuchender nur noch im Rahmen unserer
91 tatsächlichen Kapazitäten durchzuführen. Außerdem müssen ihre Verfahren auch in
92 sichere Drittstaaten ausgegliedert werden können. "

93 • **Klimaziele beibehalten?**

94 **Alt 1:** "Die aktuellen deutschen und europäischen Klimaziele sind nicht realistisch.
95 Wir bekennen uns zu einem pragmatischen Klimaschutz und fordern deswegen neue, an die
96 aktuelle Lage angepasste Klimaziele, statt sehenden Auges unseren Wohlstand und
97 unsere Industriebasis im Namen eines unerreichbaren Zieles zu opfern. Zusätzlich zum
98 präventiven Klimaschutz muss der politische Fokus zunehmend auch auf
99 Klimafolgenanpassung gelegt werden."

100 **Alt 2:** "Klimaschutz ist Freiheitsschutz. Wir müssen die Freiheit der nach uns
101 folgenden Generationen mitdenken. Deswegen bekennen sich die Jungen Liberalen zu den

102 aktuellen Klimazielen Deutschlands und fordern ihre konsequente Einhaltung, die sich
103 klar an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientiert. Effektiver Klimaschutz entsteht
104 durch verlässliche Preissignale, klare Rahmenbedingungen und den Wettbewerb der
105 besten Lösungen.”

106 • **Ein liberales Steuersystem**

107 **Alt 1:** “Ein liberales Steuersystem ist universell und leicht verständlich. Wir
108 sprechen uns deswegen als Zielbild für einen simplen Dreiklang aus einem höheren
109 Steuerfreibetrag, negativer Einkommenssteuer und einem flachen Einkommensteuertarif
110 oberhalb des Freibetrages (Flat Tax) aus.
111 Insgesamt muss die Steuerlast sinken.”

112 **Alt 2:** “Ein liberales Steuersystem verteilt Lasten fair. Stärkere Schultern sollen
113 auch relativ mehr Last tragen. Wir halten deswegen grundsätzlich an dem progressiven
114 Steuersystem fest, wobei die Steuerlast insgesamt sinken und eine negative
115 Einkommenssteuer eingeführt werden muss ”

116 • **Föderalismus**

117 Föderalismus ist das deutsche Erfolgskonzept.

118 Historisch gewachsen ist Deutschland ein Land mittelgroßer und kleiner Städte und
119 Gemeinden. Dadurch ergibt sich ein vielfältiges und wohlhabendes Land, das auf die
120 individuellen Bedürfnisse der Menschen vor Ort eingehen kann. Die Kompetenzverteilung
121 zwischen den Ebenen soll so überarbeitet werden, dass klare Zuständigkeiten für
122 Politikbereiche geschaffen werden.

123 **Alt 1:** “Zentrale Abschlussprüfungen lehnen wir ab. Der Bildungswettbewerb muss aus-
124 nicht abgebaut werden.”

125 **Alt 2:** “Im Bereich der Bildung überwiegen die Werte der Vergleichbarkeit und
126 Chancengerechtigkeit. Wir setzen uns deswegen für bundesweit einheitliche Lehrpläne
127 und Abschlussprüfungen ein.”

128 • **Europäischer Bundesstaat vs. Staatenverbund**

129 **Alt 1:** “Als Europäer teilen wir uns eine Geschichte, eine Zukunft und gemeinsame
130 Werte. Die europäische Integration hat uns innerhalb der EU Wohlstand und Frieden
131 gebracht, diesen Weg wollen wir weitergehen. Ein europäischer Bundesstaat ist und
132 bleibt das langfristige Ziel der liberalen Bewegung. Das Subsidiaritätsprinzip bleibt
133 z.B. in der Sozialpolitik erhalten, aber eine Außen- und Sicherheitspolitik ist auf
134 der europäischen Ebene am besten aufgehoben. Wir setzen uns deswegen für einen
135 europäischen Verfassungskonvent ein, dessen Ergebnis in einem gesamteuropäischen
136 Referendum der Bevölkerung vorgelegt wird. “

137 **Alt 2:** “Europa ist ein vielfältiger Kontinent. Die Europäische Union zählt 24
138 Amtssprachen und es fehlt auch über die Sprachbarriere hinweg in außen-, finanz-,

71. Bundeskongress der Jungen Liberalen

Neckar Forum, Ebershaldenstraße 12, 73728 Esslingen am Neckar , 19.9.2025 -

139 sozial- oder wirtschaftspolitischen Themen häufig an einer gemeinsamen Haltung. Die
140 Zielsetzung für das europäische Friedens- und Wohlstandsprojekt sollte realistisch
141 ausgestaltet und wenigstens mittelfristig erreichbar sein. Wir glauben an eine EU,
142 die gerade in den wichtigen Fragen von Sicherheit, Binnenmarkt und Handel eng
143 zusammenarbeitet, aber den Nationalstaaten ihre Freiräume in den übrigen
144 Politikfeldern lässt. Um all das zu erreichen, setzen wir auf die Fortentwicklung des
145 Staatenverbunds, nicht auf einen europäischen Bundesstaat.”

Begründung

Mittragssteller: *LV Nordrhein-Westfalen, LV Hamburg, LV Niedersachsen, LV Brandenburg, LV Berlin, LV Baden-Württemberg,*

Antrag S01: Code of Conduct

Laufende Nummer: 416

Antragsteller*in:	Erweiterter Bundesvorstand, Caroline Ommer (LV Bayern, Ombudsperson), Marcel Richter (LV Brandenburg), Anja Widenmann (LV Baden-Württemberg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Satzung, Geschäftsordnung und Schiedsordnung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Präambel

Der vorliegende Code of Conduct ist der zentrale Leitfaden aller Mitglieder für den Umgang innerhalb des Verbandes und gegenüber der Öffentlichkeit. Alle Mitglieder sind dazu angehalten, die hier festgelegten Grundsätze einzuhalten und ihr Wirken bei den Jungen Liberalen entsprechend auszurichten. Personen in gewählten Funktionen auf allen Ebenen unseres Verbandes kommt hierbei eine besondere Vorbildfunktion und Verantwortung zu.

Als Junge Liberale sind wir eine der mitgliederstärksten politischen Jugendorganisationen in Deutschland. Wir bieten jungen Menschen eine politische Interessenvertretung und einen sicheren Raum für Engagement, individuelle Entfaltung und persönliche Entwicklung. Dafür ist eine Kultur des offenen und respektvollen Miteinanders unerlässlich. Nur so schaffen wir die Grundlage für ein vielfältiges politisches Ehrenamt, das langfristig tragfähig ist. Es ist die Aufgabe aller Mitglieder, diese Kultur aktiv zu leben und zu verteidigen.

Der Code of Conduct definiert verbindliche Grundsätze und verpflichtet alle Mitglieder – insbesondere Führungskräfte – dazu, ihr Handeln daran auszurichten. Unsere Werte zeigen sich im täglichen Verhalten jedes Einzelnen.

1. Unsere Werte und Selbstverständnis

1.1 Grundhaltung

Wir Junge Liberale stehen für eine weltoffene, tolerante und vielfältige Gesellschaft. Wir glauben an die Kraft des selbstbestimmten Individuums und handeln verantwortungsbewusst, um Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen zu sichern – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung oder anderen persönlichen Merkmalen. Diskriminierung jeglicher Art hat bei uns keinen Platz.

1.2 Verantwortung übernehmen & Speak Up

Unsere Gemeinschaft basiert auf Freiheit, Respekt und Eigenverantwortung. Jedes Mitglied ist für sein Verhalten verantwortlich und trägt zur offenen und konstruktiven Verbandskultur bei.

"Speak Up" bedeutet für uns, auf Grenzüberschreitungen aufmerksam zu machen – offen, respektvoll und mit dem Ziel der Verbesserung. Schweigen bei Fehlverhalten gefährdet unsere Kultur. Wer Missstände anspricht, verdient Schutz vor negativen Konsequenzen. Eine solche Fehler- und Gesprächskultur ist essenziell für gegenseitiges Vertrauen.

34 **2. Umgang miteinander**

35 **2.1 Kommunikation**

36 Unsere Kommunikation als Junge Liberale ist geprägt von Respekt, Offenheit,
37 Sachlichkeit und gegenseitiger Wertschätzung. Wir hören einander aktiv zu,
38 akzeptieren unterschiedliche Meinungen und äußern Kritik konstruktiv. Fehler
39 verstehen wir als Lernchancen und fördern eine offene Fehlerkultur, in der auch
40 negative Erfahrungen zu persönlichem und kollektivem Wachstum beitragen.

41 Unsere Botschaften, sei es im direkten Gespräch oder über soziale Medien, vermitteln
42 unsere liberalen Werte klar, respektvoll und verbindlich. Wir kommunizieren stets
43 professionell und glaubwürdig, vermeiden pauschale Aussagen sowie unbelegte
44 Behauptungen und halten uns an überprüfbare Fakten. Der bewussten Verbreitung von
45 Desinformation oder Falschnachrichten stellen wir uns entschieden entgegen.

46 **2.2 Zusammenarbeit und Respekt**

47 Wir streben eine lebendige, faire und lösungsorientierte Debattenkultur an. Unsere
48 Diskussionen sind leidenschaftlich, doch stets sachlich und respektvoll geführt. Wir
49 erkennen an, dass es unterschiedliche Wege geben kann, liberale Ziele zu verfolgen,
50 und betrachten den konstruktiven Meinungsstreit als Chance.

51 Alle Mitglieder sollen sich in unserem Verband sicher und willkommen fühlen. Wir
52 achten persönliche Grenzen und setzen uns aktiv für ein Umfeld ein, das auf
53 gegenseitigem Respekt und Wertschätzung beruht. Bei offensichtlichen
54 Grenzüberschreitungen benennen wir Fehlverhalten klar und greifen bei wiederholtem
55 oder schwerwiegendem Verhalten auf die vorgesehenen Sanktionsmechanismen unserer
56 Satzungen zurück.

57 **2.3 Interessenkonflikte und Compliance**

58 Wir legen hohen Wert auf Integrität und Transparenz. Mitglieder sind verpflichtet,
59 persönliche Interessen von den Zielen des Verbands zu trennen. In Fällen möglicher
60 Interessenkonflikte, etwa durch Beschäftigungsverhältnisse in Fraktionen oder
61 Parteien, erwarten wir eine offene Kommunikation gegenüber den relevanten Gremien.

62 Persönliche finanzielle Vorteilsnahmen im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft oder
63 einem Amt innerhalb der Jungen Liberalen lehnen wir ab. Compliance verstehen wir
64 nicht nur als Regelbefolgung, sondern als Ausdruck unseres liberalen
65 Verantwortungsverständnisses.

66 **2.4 Jugendschutz**

67 Die Verantwortung gegenüber unseren minderjährigen Mitgliedern nehmen wir sehr ernst.
68 Der gesetzlich verankerte Jugendschutz ist Grundlage all unserer Aktivitäten,
69 insbesondere bei Veranstaltungen. Darüber hinaus ergänzen wir diesen durch klare
70 interne Regelungen, die eine sichere Umgebung für alle schaffen.

71 Wir verstehen unsere Rolle auch pädagogisch: Junge Mitglieder sollen sich frei
72 entfalten und ihre politischen Überzeugungen entwickeln können – dabei jedoch stets
73 innerhalb eines Rahmens, der Schutz und Orientierung bietet. Führungskräfte tragen
74 dabei eine besondere Aufsichtsverantwortung. Ein transparenter Austausch mit Eltern
75 kann zur Vertrauensbildung beitragen und wird – wo sinnvoll – angestrebt.

76 **2.5 Führungsverantwortung**

77 Amtsträger tragen eine besondere Verantwortung für die Integrität und Kultur unseres
78 Verbands. Sie gestalten aktiv ein Klima des Vertrauens und der Offenheit. Als
79 Vorbilder wirken sie durch konsequentes Handeln im Sinne unserer Grundsätze, sowohl
80 im persönlichen Kontakt als auch im digitalen Raum.

81 Machtverhältnisse dürfen nicht ausgenutzt werden. Amtsträger müssen in besonderem Maß
82 aufmerksam für Ungleichgewichte sein und haben die Pflicht, Fehlverhalten aktiv
83 anzusprechen und gegebenenfalls zu intervenieren. Ihre Rolle umfasst nicht nur
84 Führung, sondern auch Schutz und Förderung des liberalen Miteinanders.

85 **2.6 Umgang mit Informationen**

86 Als Verband, der sich politisch für Datenschutz einsetzt, ist der Schutz sensibler
87 Informationen für uns selbstverständlich. Der Umgang mit personenbezogenen Daten
88 unterliegt den gesetzlichen Vorgaben, die von allen Amtsträgerinnen und Amtsträgern,
89 Mitarbeitenden und Organen des Verbands einzuhalten sind.

90 Neben der Datensicherheit verpflichten wir uns zur Vertraulichkeit im Umgang mit
91 internen Informationen. Transparente Prozesse, klare Zuständigkeiten und ein
92 verantwortungsvoller Informationsfluss stärken das Vertrauen in unsere Strukturen.

93 **3. Schutz der Verbandskultur**

94 **3.1 Verstöße gegen den Code of Conduct**

95 Verstöße gegen die im Code of Conduct formulierten Prinzipien werden in einem fairen,
96 transparenten und rechtsstaatlichen Verfahren behandelt. Dabei gilt die
97 Unschuldsvermutung für alle Beteiligten. Hinweise auf Fehlverhalten nehmen wir ernst
98 und untersuchen sie gewissenhaft.

99 Zur Klärung können Ombuds- oder Vertrauenspersonen hinzugezogen werden. Bestätigt
100 sich ein Fehlverhalten, greifen die in unseren Satzungen definierten
101 Sanktionsmaßnahmen. Wo möglich und sinnvoll, wird versucht, durch Mediation
102 persönliche Einigungen zu erzielen, die ein gemeinsames Weiterarbeiten ermöglichen.

103 **3.2 Leitlinien des liberalen Miteinanders**

104 Dieser Code of Conduct ist für alle Organisationseinheiten der Jungen Liberalen
105 verbindlich. Seine Inhalte sollen regelmäßig überprüft, weiterentwickelt und an neue
106 Herausforderungen angepasst werden. Mitglieder sollen jederzeit die Möglichkeit
107 haben, Feedback zu geben und Anregungen einzubringen.

108 Alle Untergliederungen sind verpflichtet, geeignete Informations- und
109 Schulungsangebote bereitzustellen – insbesondere für Amtsinhaber – und die
110 zuständigen Vertrauens- oder Ansprechpersonen auf ihren Internetseiten leicht
111 auffindbar zu machen.

112 **3.3 Ombuds- und Vertrauenspersonen**

113 Ombuds- und Vertrauenspersonen übernehmen eine tragende Rolle bei der
114 Aufrechterhaltung unserer Verbandskultur. Sie fungieren als unabhängige, vertrauliche
115 Anlaufstellen, stehen jederzeit für Gespräche zur Verfügung und sind zur Diskretion
116 verpflichtet.

117 Diese Personen sollen transparent gewählt, regelmäßig geschult und möglichst auf
118 jeder Verbandsebene benannt werden. Sie dürfen keine weiteren Ämter innerhalb des
119 Verbands innehaben und agieren neutral und unabhängig. Die Sichtbarkeit dieser Rollen

71. Bundeskongress der Jungen Liberalen
Neckar Forum, Ebershaldenstraße 12, 73728 Esslingen am Neckar , 19.9.2025 -

120 ist entscheidend, um Hemmschwellen für Mitglieder niedrig zu halten und ein
121 vertrauensvolles Miteinander zu fördern.

122

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag S02: Einfügung des Code of Conducts in die Bundessatzung

Laufende Nummer: 417

Antragsteller*in:	Caroline Ommer (LV Bayern, Ombudsperson), Marcel Richter (LV Brandenburg), Anja Widenmann (LV Baden-Württemberg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Satzung, Geschäftsordnung und Schiedsordnung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 I. Nach § 2 wird ein “§ 2a Code of Conduct” eingefügt:
- 2 **§2a Code of Conduct**
- 3 1. **DEFINITION** Der Code of Conduct definiert die Grundsätze für ein
- 4 verantwortungsvolles Verhalten im Umgang miteinander, innerhalb des Verbandes
- 5 und gegenüber der Öffentlichkeit. Er ist der zentrale Verhaltensleitfaden für
- 6 alle Mitglieder und Untergliederungen. Der Ombudsperson und den ständigen
- 7 Vertrauenspersonen dient er als Richtlinie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.
- 8 2. **WIRKUNG** Bei Verstößen gegen den Code of Conduct wird ein Verstoß gegen die
- 9 Grundsätze des Verbandes im Sinne von § 3a vermutet. Diese Vermutung kann vom
- 10 Betroffenen widerlegt werden.
- 11 II. § 7 Abs. 1 Nr. 6 wird wie folgt neu gefasst:
- 12 6. Änderung der Satzung sowie Verabschiedung und Änderung der Geschäftsordnung des
- 13 Bundeskongresses, der Bundesbeitragsordnung, der Bundesschiedsordnung und des
- 14 Code of Conduct und

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag S03: Kumulierte Stimmabgabe im AMV ermöglichen

Laufende Nummer: 418

Antragsteller*in:	LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände), LV Hessen (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Bayern (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände), Leonard Kern-Wagner (LV Nordrhein-Westfalen), Maximilian Reiter (Bundesvorstand, LV Berlin), Frederik Bottermann, Daniel Böhler (LV Nordrhein-Westfalen), Paavo Czwikla (LV Nordrhein-Westfalen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Satzung, Geschäftsordnung und Schiedsordnung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 7a Abs. 1 der Geschäftsordnung für Bundeskongresse wird wie folgt gefasst (**Änderungen**
- 2 **hervorgehoben**):
- 3 *(1) Der Bundesvorstand kann beschließen, dass die Antragsreihenfolge durch alle*
- 4 *Mitglieder mittels eines elektronischen Wahlverfahrens festgelegt wird. Dazu richtet*
- 5 *der Bundesvorstand ein Abstimmungsformular ein, das die Kontrolle der*
- 6 *Stimmberechtigung und die Anonymität des Wahlverfahrens gewährleistet. Über dieses*
- 7 *Formular erhält jedes Mitglied die Möglichkeit, eine ~~vorab bestimmte~~ begrenzte Anzahl*
- 8 *an Anträgen zu markieren, wobei mehrere Markierungen pro Antrag zulässig sein können.*
- 9 *~~Jeder Antrag darf nur einmal markiert werden.~~ Die Zahl der insgesamt und pro Antrag*
- 10 *möglichen Markierungen legt der Bundesvorstand vorab fest. Die Anträge werden*
- 11 *entsprechend der Anzahl der für sie abgegebenen Stimmen beraten, wobei der Antrag mit*
- 12 *den meisten Stimmen als erster beraten wird. Bei Stimmgleichheit entscheidet die*
- 13 *Reihenfolge des Antragseingangs. Der Wahlgang dauert mindestens 5 Tage. Das Verfahren*
- 14 *muss mindestens 5 Tage vor Kongressbeginn beendet werden.*

Begründung

Das Alex-Müller-Verfahren (AMV) beteiligt in seiner aktuellen Form alle Mitglieder der Jungen Liberalen im Vorfeld an der Entscheidung, in welcher Reihenfolge und folglich welche Anträge überhaupt auf Bundeskongressen beraten werden können. Die Auswahl der Antragsreihenfolge hat enormen Einfluss auf die programmatische Arbeit der Kongresse und damit auch auf ihre Ergebnisse. Es ist deshalb sinnvoll, das AMV stets weiterzuentwickeln und den Teilnehmern mehr Flexibilität bei der Auswahl von Anträgen zu geben. Die Einführung kumulierter Stimmabgabe (also der Abgabe mehrerer Stimmen auf denselben Antrag) ermöglicht den Teilnehmern des AMV Schwerpunkte zu setzen und räumt Antragstellern die strategische Option ein, durch Fokussierung ihre Anträge im Wettbewerb vorteilhaft zu platzieren. Wir versprechen uns davon eine größere thematische Varianz der vorderen AMV-Plätze und einen besseren Wettbewerb um Aufmerksamkeit im Verfahren.

Gegenwärtig schließt die Geschäftsordnung das Kumulieren im AMV explizit aus. Das wollen wir ändern. Über die Ausrichtung eines AMV entscheidet der Bundesvorstand. Aus Gründen der Konsistenz erscheint es sinnvoll, dem Bundesvorstand vor diesem Hintergrund auch die Entscheidung über die genaue Ausgestaltung (bspw. die Grenzen des Kumulierens) zu übertragen.